
AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Strukturierte Kooperation könnte die Innovationsaktivität kleiner und mittlerer Unternehmen in Sachsen nachhaltig verbessern

Nils Dähne und Katharina Heisig

Deutschlandprognose 2019/2020: Konjunktur ohne Schwung

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus

ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2019: Binnenkonjunktur stützt ostdeutsche Wirtschaft

Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Joachim Ragnitz

IM BLICKPUNKT

Angebot an Kita-Plätzen in Dresden: Nicht die Anzahl, sondern deren Verteilung ist das Problem

Friederika Boehme und Julia Sonnenburg

DATEN UND PROGNOSEN

Vierteljährliche VGR für Sachsen

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Direkt gewählte Politiker straffen die Verwaltung

Stefanie Gäbler und Felix Rösel



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

26. Jahrgang (2019)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:

<http://www.ifo-dresden.de>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Direkt gewählte Politiker straffen die Verwaltung 3

Stefanie Gäbler und Felix Rösel

In einer neuen Studie zeigen wir, dass die lokale Arbeitslosigkeit sinkt, wenn der Landrat direkt vom Volk und nicht vom Kreistag gewählt wird. Unsere Ergebnisse beruhen auf einem Vergleich von Landkreisen in Brandenburg, wo bei zu geringer Wahlbeteiligung die Direktwahl ungültig wird und der Kreistag anstelle der Wähler den Landrat bestimmt. Den Rückgang der Arbeitslosigkeit führen wir auf eine bessere Organisation des lokalen Jobcenters im Landratsamt zurück. Direkt gewählte Politiker sind offenbar zu mutigeren Reformen bereit.

Strukturierte Kooperation könnte die Innovationsaktivität kleiner und mittlerer Unternehmen in Sachsen nachhaltig verbessern 8

Nils Dähne und Katharina Heisig

Die sächsische Unternehmenslandschaft besteht zum überwiegenden Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), deren Kompetenzen und Ressourcen oft nicht ausreichen, um Innovationsprojekte allein erfolgreich anzustoßen bzw. umzusetzen. Ein vielversprechender Ansatz zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft sind strukturierte kooperative Innovationsprojekte, bei denen einzelne Innovationsfunktionen von verschiedenen Projektpartnern übernommen werden. Dies setzt jedoch ausreichend innovative Kooperationsfähigkeiten voraus, um z. B. geeignete Innovationspartner zu bestimmen, zu finden und zu integrieren. Soweit diese fehlen, könnte ein Lösungsansatz darin bestehen, vermehrt gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Innovationskompetenz und Kooperationsfähigkeit anzustoßen.

Deutschlandprognose 2019/2020: Konjunktur ohne Schwung 12

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Wirtschaft kühlt sich seit Anfang letzten Jahres spürbar ab. Allerdings ist die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, in dem etwa ein Viertel der Wertschöpfung erwirtschaftet wird, steckt in einer Rezession. Gleichzeitig verzeichnen die größtenteils binnenorientierten Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft robuste und teilweise kräftige Zuwächse. Allerdings mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass sich die industrielle Schwäche allmählich über den Arbeitsmarkt und tiefe Wertschöpfungsketten auch auf die Binnenkonjunktur überträgt. Im laufenden Jahr wird mit einer Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,6% gerechnet. Unter der Annahme, dass die vielfältigen Abwärtsrisiken nicht eintreten, wird sich die Konjunktur im Jahr 2020 wieder etwas beschleunigen. Der Beschäftigungsaufbau wird sich in beiden Jahren deutlich verlangsamen.

ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2019: Binnenkonjunktur stützt ostdeutsche Wirtschaft 17

Niels Gillmann, Jannik A. Nauwerth und Joachim Ragnitz

Die konjunkturelle Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen wird in diesem und dem kommenden Jahr von der guten Binnenkonjunktur gestützt. Der Abschwung der Industrie dürfte in der zweiten Jahreshälfte gebremst werden. Im kommenden Jahr dürfte die Industrie dann auch wieder expandieren. Insgesamt dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland in den Jahren 2019 und 2020 im Vorjahresvergleich voraussichtlich um 0,9% und 1,5% wachsen. Die sächsische Wirtschaft dürfte im gleichen Zeitraum um 0,7% und 1,6% expandieren. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in Ostdeutschland und Sachsen in diesem und im kommenden Jahr jeweils um 0,5% und 0,9% zunehmen.

IM BLICKPUNKT

Angebot an Kita-Plätzen in Dresden: Nicht die Anzahl, sondern deren Verteilung ist das Problem	22
<i>Friederika Boehme und Julia Sonnenburg</i>	

Gemessen an der Wohnbevölkerung stehen für Kinder ab drei Jahren in Dresden insgesamt genügend Kindergartenplätze zur Verfügung. Ein Unterangebot an Betreuungsplätzen zeigt sich jedoch bei der Betrachtung der einzelnen Stadtteile: In jedem zweiten Stadtteil reicht das Angebot an Kindergärtenplätzen rechnerisch nicht aus, um der Nachfrage gerecht zu werden. Auch zukünftig dürfte die bedarfsgerechte Bereitstellung der Plätze eine zentrale Herausforderung für die Politik darstellen.

DATEN UND PROGNOSEN

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2019	25
<i>Wolfgang Nierhaus</i>	

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen	27
<i>Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth</i>	

ifo VERANSTALTUNGEN	30
----------------------------	-----------

ifo VERÖFFENTLICHUNGEN	31
-------------------------------	-----------

Stefanie Gäbler und Felix Rösel*

Direkt gewählte Politiker straffen die Verwaltung

In einer neuen Studie zeigen wir, dass die lokale Arbeitslosigkeit sinkt, wenn der Landrat direkt vom Volk und nicht vom Kreistag gewählt wird. Unsere Ergebnisse beruhen auf einem Vergleich von Landkreisen in Brandenburg, wo bei zu geringer Wahlbeteiligung die Direktwahl ungültig wird und der Kreistag anstelle der Wähler den Landrat bestimmt. Den Rückgang der Arbeitslosigkeit führen wir auf eine bessere Organisation des lokalen Jobcenters im Landratsamt zurück. Direkt gewählte Politiker sind offenbar zu mutigeren Reformen bereit.

Regierungen können auf zweierlei demokratische Weise ins Amt kommen. Entweder wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt – wie zum Beispiel der französische oder der US-amerikanische Präsident. In Deutschland kennen wir dieses präsidentielle System von der kommunalen Ebene, wo in den meisten Bundesländern Bürgermeister und Landräte in Direktwahlen bestimmt werden. Oder aber die Mehrheit im Parlament bestimmt den Regierungschef und damit die Regierung¹, zum Beispiel im Vereinigten Königreich, Italien oder Kanada. Auf Landes- und Bundesebene in Deutschland werden nach diesem System die Ministerpräsidenten von den Landtagen und der Bundeskanzler vom Deutschen Bundestag gewählt.

Beide Systeme – präsidentielle und parlamentarische Systeme – haben ihre speziellen Vor- und Nachteile (für ausführliche Diskussionen siehe z. B. Garmann 2015 oder Hessami 2018). In einer neuen Studie (Gäbler und Rösel 2019) zeigen wir anhand einer Besonderheit im Kommunalwahlrecht in Brandenburg, dass das Wahlsystem nicht nur einen politischen Unterschied macht, sondern auch einen Einfluss auf das Handeln von Politikern haben kann. In diesem Beitrag fassen wir die wichtigsten Ergebnisse zusammen. Die lokale Arbeitslosigkeit sinkt, wenn der Landrat direkt vom Volk und nicht vom Kreistag gewählt wird. In anderen Politikbereichen, zum Beispiel bei Baugenehmigungen oder der Wirtschaftsförderung, spielt das Wahlsystem dagegen keine Rolle. Wir vermuten deshalb, dass direkt vom Volk gewählte Landräte in Brandenburg ihr Jobcenter im Landratsamt schlagkräftiger organisieren als vom Kreistag gewählte Landräte.

MACHT DIE DIREKTWAHL EINEN UNTERSCHIED?

Macht es einen Unterschied, ob Regierungen direkt vom Volk oder indirekt durch das Parlament gewählt werden? Nach der sogenannten „Medianwähler-Theorie“ sollte es eigentlich keinen Unterschied zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Systemen geben. Solange das Parlament repräsentativ für die Wählerschaft ist, sollte es sich für den gleichen Regierungschef entscheiden wie die Bürger in einer Direktwahl.² Das Parlament ist nach dieser Theorie in parlamentari-

schen Systemen einfach „zwischengeschaltet“ zwischen Wähler und Regierungschef, ohne dass dies jedoch langfristig einen Einfluss auf die Politik hat.

Andere Theorien gehen dagegen eher auf die „Distanz“ zwischen Wählern und Politikern ein. Ein direkt gewählter Politiker fühlt sich im Regelfall seinen Wählern mehr verbunden und könnte daher höhere Anreize haben, im Interesse seiner Wähler zu agieren. Indes könnte ein vom Parlament bestimmter Regierungschef effizienter in der Umsetzung von unbeliebten, aber sinnvollen Maßnahmen sein. Durch die „Zwischenschaltung“ des Parlaments zwischen Bürger und Wahl der Regierung könnten außerdem wichtige Signale und Informationen verloren gehen. Nach dieser Theorie könnte das Wahlsystem durchaus einen Einfluss auf Politikergebnisse haben.

In der Praxis gibt es immer wieder teilweise hitzige Debatten über das „richtige“ Wahlsystem. Das prominenteste aktuelle Beispiel ist sicherlich das Verfassungsreferendum in der Türkei, durch das 2017 mit einer knappen Mehrheit eine direkte Wahl des Präsidenten eingeführt wurde. Aber auch in Deutschland wechselten vor nicht langer Zeit die Systeme – hier auf kommunaler Ebene. In Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Niedersachsen wurde bis in die 1990er Jahre der lokale Verwaltungschef vom Gemeinderat gewählt. Nach und nach führten aber alle Länder, mit Ausnahme kleiner Gemeinden in Schleswig-Holstein, die Direktwahl der Bürgermeister nach Vorbild von Bayern oder Baden-Württemberg ein.

Etliche Studien, zum Beispiel Ade (2014), Koethenburger et al. (2014), Garmann (2015) oder Hessami (2018), untersuchten die Folgen der Systemumstellung auf kommunaler Ebene in Deutschland und zeigen widersprüchliche Ergebnisse. Unter direkt gewählten Bürgermeistern sind zwar die Steuersätze niedriger, aber die Ausgaben sowie Investitionszuschüsse höher. Diese Studien nutzen die Systemumstellung,

* Stefanie Gäbler ist Doktorandin im Stammhaus München und Dr. Felix Rösel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

die jedoch mit vielen weiteren zeitgleichen Reformen einherging. In Gäbler und Rösel (2019) können wir den Effekt einer Direktwahl stärker und besser isolieren als bisherige Untersuchungen. Die Details des Studiendesigns erläutern wir im Folgenden.

KOMMUNEN IN BRANDENBURG: GÜLTIGE DIREKTWAHL NUR BEI HOHER WAHLBETEILIGUNG

Unterschiedliche Systeme finden sich in Deutschland nicht nur auf Gemeindeebene, sondern auch auf Ebene der Landkreise bei der Wahl des Landrats (vgl. Abb. 1). Fast alle Bundesländer haben inzwischen die Direktwahl eingeführt. Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sind die einzigen Ausnahmen – hier wird der Landrat unverändert durch den Kreistag gewählt.

Abb. 1
Wahlssysteme bei den Landratswahlen in Deutschland



Quelle: Eigene Recherche und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Eine Besonderheit unter allen Ländern ist Brandenburg. Hier sind beide Systeme zugleich vertreten – und hängen von der lokalen Wahlbeteiligung ab. Mit der Wiedervereinigung 1990 führte Brandenburg zunächst ein parlamentarisches System zur Wahl des Landrats ein – der Landrat wurde vom Kreistag bestimmt. 2010 wechselte Brandenburg zur Direktwahl, führte als einziges Bundesland jedoch ein Quorum ein. Der Landrat wird zunächst direkt in absoluter Mehrheitswahl ge-

wählt. Die Wahl ist jedoch nur gültig, wenn ein Kandidat die Mehrheit der Stimmen erhält und diese Stimmen mindestens 15% der Wahlberechtigten repräsentieren.³ Gelingt dies nicht, wird die Direktwahl suspendiert und der Landrat wird vom Kreistag bestimmt. Diese Regelung gilt auch auf Gemeindeebene bei der Wahl von Bürgermeistern. In Gäbler und Rösel (2019) nutzen wir dieses deutschlandweit einmalige Quorum im brandenburgischen Kommunalwahlrecht, um die Auswirkungen verschiedener Wahlsysteme zu analysieren. Ein paar wenige Stimmen mehr oder weniger bei der Landratswahl entschieden darüber, über welches System im jeweiligen Landkreis der Landrat ins Amt gekommen ist. Um das 15%-Quorum herum ist das lokale Wahlsystem also fast zufällig und erlaubt uns die Bestimmung kausaler Effekte.

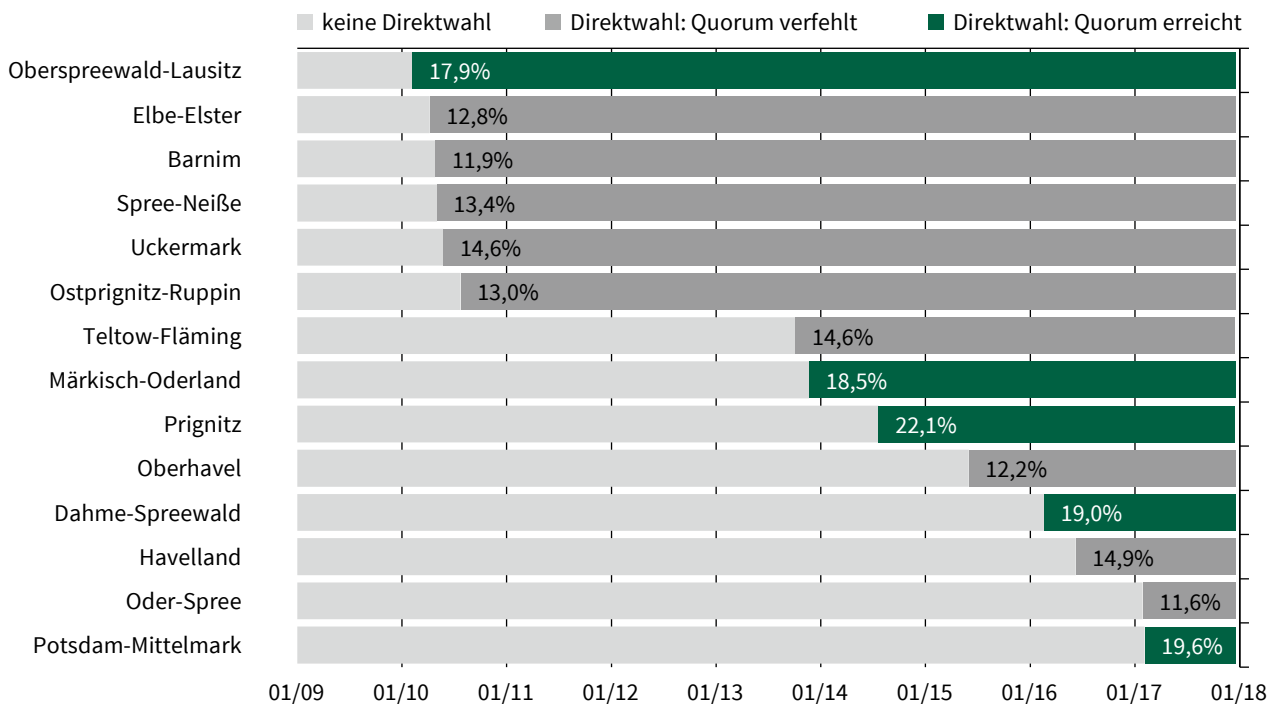
Die ersten Direktwahlen für die Landräte in Brandenburg fanden seit 2010 zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt – je nach dem, wann die Amtszeit des vorherigen Landrates endete. Abbildung 2 zeigt die Zeitpunkte und Ergebnisse der Landratswahlen in den 14 brandenburgischen Landkreisen. Vor 2010 gab es noch keine direkten Wahlen (hellgraue Balken). Nach 2010 kam das neue Wahlsystem erstmals zur Anwendung. Die erste direkte Wahl fand im Landkreis Oberspreewald-Lausitz im Januar 2010 statt, wohingegen die Bürger im Landkreis Oder-Spree erst im November 2016 zur ersten Direktwahl ihres Landrats aufgerufen wurden. In fünf der 14 brandenburgischen Landkreise wurde das Quorum erreicht und der Landrat direkt gewählt (grüne Balken). Hier erreichte der Gewinner die absolute Mehrheit und seine Stimmen repräsentierten mindestens 15% der Wahlberechtigten (siehe die Wahlanteile innerhalb der Balken). In den anderen neun Landkreisen scheiterte hingegen die Direktwahl am Quorum und der Kreistag bestimmte den Landrat (dunkelgraue Balken).⁴ Im Havelland, Teltow-Fläming und der Uckermark wurde das Quorum nur äußerst knapp verfehlt (14,9% und 14,6%).

Die gescheiterte Direktwahl bindet den Kreistag bei der Auswahl der Kandidaten in keiner Weise. In sechs Landkreisen wählte nach der gescheiterten Direktwahl der Kreistag zwar den Gewinner der Direktwahl, in zwei Landkreisen wurde aber der unterlegene Kandidat zum Landrat gewählt und in einem Landkreis entschied sich der Kreistag sogar für einen ganz anderen Kandidaten, der gar nicht zur Direktwahl angetreten war. Das Wahlsystem ist der einzige Unterschied zwischen direkt gewählten und vom Kreistag gewählten Landräten. Unabhängig vom Erreichen oder Nichterreichen des Quorums ist der Landrat in Brandenburg für acht Jahre gewählt, auch alle anderen Funktionen oder Regelungen werden vom Wahlmodus nicht beeinflusst.

AUSWIRKUNGEN DER DIREKTWAHL

Der Landrat ist der Chef der Landkreisverwaltung und steht damit mehreren hundert Mitarbeitern in wichtigen öffentlichen Funktionen vor. Zu den Kernaufgaben der Landkreise gehören soziale Leistungen wie die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen im Jobcenter oder die Gewährung von Sozialhilfe, wichtige administrative Aufgaben wie Bauanträge, Autozulassungen oder Führerscheinanträge sowie die Förderung der regionalen Wirtschaft. Wir untersuchen, inwie-

Abb. 2
Landratswahlen in Brandenburg seit 2010



Anmerkung: Abgebildet ist der Zeitpunkt des Amtsantritts des jeweiligen Landrats. Die Zahlen innerhalb der Balken geben an, wieviel Prozent der Wahlberechtigten für den Gewinner der Direktwahl stimmten. Für eine „erfolgreiche“ Direktwahl waren mindestens 15% notwendig (grüne Balken), dunkelgraue Balken zeigen Wahlen mit verfehltem Quorum (unter 15%) an.

Quelle: Gäbler und Rösel (2019).

© ifo Institut

weit sich die Politikergebnisse auf diesen Feldern nach einer Direktwahl ändern. In Gäbler und Rösel (2019) verwenden wir dazu eine Vielzahl von statistischen Verfahren, insbesondere Difference-in-differences-Schätzungen, Event Studies sowie die Synthetic Control Method. Die wichtigsten Ergebnisse unserer Untersuchungen fasst Abbildung 3 zusammen.

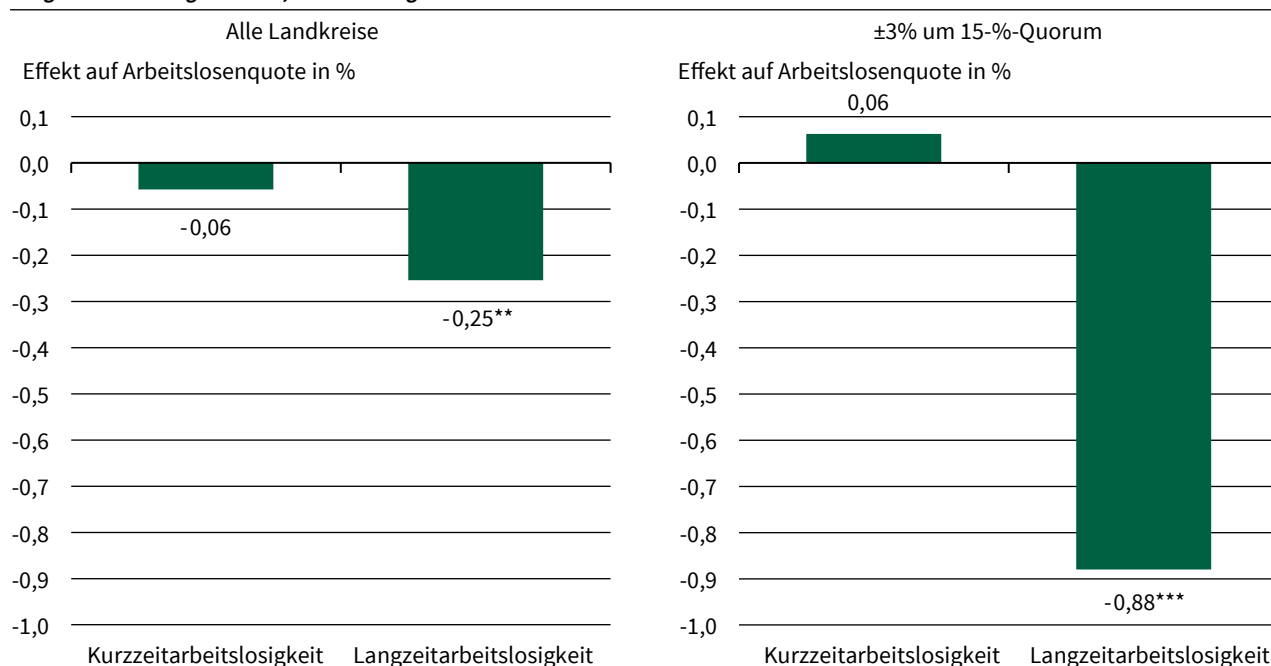
Die Abbildung 3 stellt den Effekt eines direkt gewählten Landrates auf die Arbeitslosenquoten nach SGB III und SGB II dar, die wir vereinfacht als Kurzzeit- und Langzeitarbeitslosigkeit bezeichnen. Wir messen die Arbeitslosenquote dabei in Differenzen zum Vorjahresmonat. Kurzzeitarbeitslose erhalten Arbeitslosengeld I und werden von der Bundesagentur für Arbeit betreut. Langzeitarbeitslose bekommen Arbeitslosengeld II und sind dem gemeinsamen Jobcenter von Landkreis und Bundesagentur für Arbeit zugeordnet. Hierin besteht auch der wesentliche Unterschied zwischen beiden Rechtskreisen: Auf den Vermittlungserfolg im Bereich der Kurzzeitarbeitslosigkeit hat ein Landrat so gut wie keinen Einfluss. Er kann durch erfolgreiche Ansiedlungs- und Wirtschaftspolitik möglicherweise indirekt die Kurzzeitarbeitslosigkeit reduzieren, aber direkte Einflusskanäle bestehen nicht. Im Unterschied dazu hat der Landkreis einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Jobcenters für die Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Neben der räumlichen, sächlichen und personellen Ausstattung kann der Landrat über Standorte und Öffnungszeiten einen erheblichen Einfluss auf die Qualität und den Service der Jobvermittlung im Bereich SGB II nehmen. Sollte das Wahlsystem für das Handeln eines Landrates eine Rolle spielen,

würden wir also eher Effekte im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit und weniger bei der Kurzzeitarbeitslosigkeit erwarten.

Die Ergebnisse in Abbildung 3 bestätigen diese Vermutung. Im Bereich der Kurzzeitarbeitslosigkeit (SGB III) unterscheiden sich die Arbeitslosenquoten zwischen direkt gewählten Landräten und den vom Kreistag gewählten Landräten in Brandenburg nur marginal um -0,06 bzw. +0,06 Prozentpunkte; diese Effekte sind nicht statistisch signifikant von null verschieden. Hierbei haben wir systematische Unterschiede zwischen den Landkreisen, den Zeittrend sowie in soziodemographischen Eigenschaften wie die Einwohnerzahl schon herausgerechnet. Das Bild ändert sich, wenn wir die Langzeitarbeitslosigkeit betrachten, auf die der Landrat als Chef der Kreisverwaltung durchaus Einfluss nehmen kann. Wenn wir alle 14 Landkreise in Brandenburg verwenden (linke Seite), finden wir einen statistisch signifikanten Rückgang der Arbeitslosenquote von durchschnittlich 0,25% pro Jahr, wenn ein direkt gewählter Landrat ins Amt kommt. Dieser Effekt klingt zunächst gering, ist jedoch substantiell, bedenkt man, dass die Langzeitarbeitslosenquote in Brandenburg in diesem Zeitraum um durchschnittlich rund 0,5% pro Jahr zurückgegangen ist. Betrachten wir ausschließlich solche Landkreise, bei denen die Direktwahl Ergebnisse knapp um das 15%-Quorum herum ergab, verstetigt sich dieses Ergebnis. Bei diesen acht Landkreisen hing es mitunter von nur wenigen hundert Wählerstimmen ab, ob ein direkt gewählter oder ein vom Kreistag gewählter Landrat im Amt ist. Hier finden wir einen Effekt von sogar -0,88 Prozentpunkten. In Gäbler und

Abb. 3

Langzeitarbeitslosigkeit sinkt, wenn direkt gewählte Landräte das Jobcenter führen



Anmerkung: Die Abbildung zeigt den Effekt eines direkt gewählten Landrates auf die Lang- und Kurzzeitarbeitslosenquote (Arbeitslosenquoten nach SGB II bzw. SGB III). Die Ergebnisse stammen aus verschiedenen Difference-in-differences-Schätzungen. Die Beobachtungseinheiten in der linken Abbildung sind die 14 Landkreise in Brandenburg für die Monate Januar 2009 bis Dezember 2017. Auf der rechten Seite verwenden wir nur die acht Landkreise, die das 15%-Quorum knapp erreicht oder verpasst haben. Wir kontrollieren für Jahr-Monats-fixe Effekte, Landkreis-fixe Effekte, die Einwohnerzahl, den Sitzanteil linker Parteien im Kreistag und den Status als Optionskommune. Für mehr Details und ausführliche Ergebnisse siehe Gäbler und Rösel (2019).

Quelle: Gäbler und Rösel (2019), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Rösel (2019) führen wir zahlreiche Robustheitsanalysen und statistische Tests durch, die durchweg unseren Kernbefund unterstreichen: Unter direkt gewählten Landräten sinkt die Langzeitarbeitslosigkeit stärker als unter Landräten, die vom Kreistag gewählt wurden. Möglicherweise ist dies auf eine höhere Reformbereitschaft von direkt gewählten Politikern zurückzuführen. Studien haben gezeigt, dass gewählte Führungskräfte eine größere soziale Verantwortung gegenüber ihren Anhängern zeigen als Führungskräfte, die ernannt werden (Julian et al. 1969, Hollander and Julian 1970, Ben-Yoav et al. 1983, Kenney et al. 1996, De Cremer and Van Dijk 2008 sowie Grossman et al. 2012). Direktwahlen schaffen stärkere „Bande“ zwischen Wählern und Politikern. Dies kann zur Wahl von anderen, für den Wähler mehr sichtbaren Politikmaßnahmen führen, wie beispielsweise verstärkte Anstrengungen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit.

BESSERE VERWALTUNG ODER FLORIERENDE WIRTSCHAFT?

Eine wichtige Frage ist schließlich, ob der messbare Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit unter direkt gewählten Landräten auf eine bessere Organisation des Jobcenters oder auf eine bessere wirtschaftliche Lage zurückzuführen ist. Hierauf können wir leider keine abschließende Antwort geben, unsere Ergebnisse deuten jedoch eher auf eine bessere Arbeit des Jobcenters hin. Erstens sollte sich eine bessere ökonomische Performance auch in einer geringeren Kurzzeitarbeitslosigkeit

niederschlagen. Dies sehen wir jedoch nicht. Zweitens sehen wir weder bei Baugenehmigungen, noch bei Gewerbeanmeldungen einen Unterschied zwischen direkt gewählten und vom Kreistag gewählten Landräten. Drittens beobachten wir in unserer Studie, dass die Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit erst nach einer gewissen Zeit, und nicht sofort einsetzt (für die Ergebnisse siehe Gäbler und Rösel 2019). Strukturänderungen innerhalb des Jobcenters brauchen Zeit, um durchgeführt und wirksam zu werden. Auch dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass für den Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit eine bessere Organisation des Jobcenters und weniger eine bessere ökonomische Lage verantwortlich ist.

FAZIT

In Demokratien wird der Regierungschef entweder direkt vom Wähler (präsidentielles System) oder indirekt durch das Parlament (parlamentarisches System) bestimmt. Immer wieder gibt es Debatten über die Vor- und Nachteile verschiedener Wahlsysteme. In diesem Beitrag haben wir eine Besonderheit im Wahlsystem der Landräte in Brandenburg genutzt, um die Effekte einer Direktwahl des Regierungschefs zu untersuchen. In Brandenburg entscheidet ein Quorum darüber, ob die Direktwahl des Landrates gültig ist oder ob der Landrat vom Kreistag bestimmt wird. Unser Vergleich von Landkreisen, die knapp um das Quorum herum liegen, zeigt, dass unter einem direkt gewählten Landrat die Arbeitslosenrate signifikant stärker sinkt. Wir führen dies auf eine bessere Organisation

des Jobcenters zurück. Eine genauere Untersuchung der tatsächlichen Kanäle ist allerdings wünschenswert und wäre ein interessanter Gegenstand künftiger Untersuchungen.

LITERATUR

Ade, F. (2014): „Do constitutions matter? Evidence from a natural experiment at the municipality level“, *Public Choice* 160(3-4), S. 367–389.

Ben-Yoav, O., Hollander, E. P. und P. J. Carnevale (1983), „Leader legitimacy, leader-follower interaction, and followers' ratings of the leader“, *Journal of Social Psychology* 121(1), S. 111–115.

De Crèmer D. und E. van Dijk (2008), „Leader-follower effects in resource dilemmas: The roles of leadership selection and social responsibility“, *Group Processes & Intergroup Relations* 11(3), S. 355–369.

Gäbler, S. und F. Rösel (2019), „Do direct elections matter? Quasi-experimental evidence from Germany“, *International Tax and Public Finance*, im Erscheinen.

Garmann, S. (2015), „Elected or appointed? How the nomination scheme of the city manager influences the effects of government fragmentation“, *Journal of Urban Economics* 86(3), S. 26–42.

Grossman, G. und D. Baldassarri (2012), „The impact of elections on cooperation: Evidence from a lab-in-the-field experiment in Uganda“, *American Journal of Political Science* 56(4), S. 964–985.

Hessami, Z. (2018), „Accountability and incentives of appointed and elected public officials“, *Review of Economics and Statistics* 100(1), S. 51–64.

Hollander, E. P. und J. W. Julian (1970), „Studies in leader legitimacy, influence, and innovation“, *Advances in Experimental Social Psychology* 5, S. 33–69.

Julian, J. W., Hollander, E. P. und C. R. Regula (1969), „Endorsement of the group spokesman as a function of his source of authority, competence, and success“, *Journal of Personality and Social Psychology* 11(1), S. 42.

Kenney, R. A., Schwartz-Kenney, B. M. und J. Blascovich (1996), „Implicit leadership theories: Defining leaders described as worthy of influence“, *Personality and Social Psychology Bulletin* 22(11), S. 1128–1143.

Koethenbuerger, M., Egger, P. und M. Smart (2014): Proportional influence? Electoral rules and special interest spending. Working papers, Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik.

-
- 1 In einigen Ländern wie Österreich oder dem Vereinigten Königreich bestimmt das Staatsoberhaupt den Regierungschef, berücksichtigt hierbei jedoch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament.
 - 2 Abweichungen können sich etwa aus rundungsbedingten Abweichungen zwischen Wahlergebnis und Parlamentssitzen oder gesetzlichen bzw. „natürlichen“ Prozenzhürden ergeben. Eine weitere Quelle von Abweichungen sind Überhangmandate oder, wie im Falle von US-Präsidentschaftswahlen, Voraggregation von Ergebnissen in einzelnen Abstimmungsgebieten (in diesem Falle: US-Staaten).
 - 3 Erreicht kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang, kommt es zur Stichwahl. In beiden Wahlgängen gilt das 15%-Quorum.
 - 4 Bei den Bürgermeisterwahlen wurde in Brandenburg bisher immer das Quorum von 15% erreicht.

Nils Dähne und Katharina Heisig*

Strukturierte Kooperation könnte die Innovationsaktivität kleiner und mittlerer Unternehmen in Sachsen nachhaltig verbessern

Die sächsische Unternehmenslandschaft besteht zum überwiegenden Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), deren Kompetenzen und Ressourcen oft nicht ausreichen, um Innovationsprojekte allein erfolgreich anzustoßen bzw. umzusetzen. Ein vielversprechender Ansatz zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft sind strukturierte kooperative Innovationsprojekte, bei denen einzelne Innovationsfunktionen von verschiedenen Projektpartnern übernommen werden. Dies setzt jedoch ausreichend innovative Kooperationsfähigkeiten voraus, um z. B. geeignete Innovationspartner zu bestimmen, zu finden und zu integrieren. Soweit diese fehlen, könnte ein Lösungsansatz darin bestehen, vermehrt gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Innovationskompetenz und Kooperationsfähigkeit anzustoßen.

Betrachtet man die deutsche Unternehmenslandschaft hinsichtlich ihrer Größe, wird klar, dass nur verhältnismäßig wenige große Unternehmen vorzufinden sind. Dies trifft insb. auf die ostdeutschen Bundesländer zu. Zwar sind hier vereinzelt Produktionsstätten großer Konzerne zu finden, doch die Großzahl der ansässigen Firmen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). In Sachsen sind etwa 89,3% Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern. Rund 8,4% sind kleine Unternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern und 1,9% sind mittelgroße Unternehmen mit 50 bis 250 Mitarbeitern. Nur ca. 0,4% der Unternehmen in Sachsen haben mehr als 250 Mitarbeiter (Angaben für 2018, vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2019).

KMU SIND ZUNEHMEND MIT KOMPLEXEN EXTERNEN UND INTERNEN HERAUSFORDERUNGEN KONFRONTIERT

KMU stehen vor akuten externen wie internen Herausforderungen. Externe globale Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimawandel, sich verändernde wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen in Europa, geopolitische Spannungen und Unsicherheiten sowie der zunehmende globale Wettbewerb mit sich beschleunigenden Innovationszyklen betreffen jedoch nicht nur KMU, sondern auch Großunternehmen.

Externe regionale Problematiken wie bspw. der Fachkräftemangel treffen hingegen vor allem die weniger wettbewerbsfähigen KMU, insb. in den ostdeutschen Ländern. Dieser äußert sich jedoch nicht nur in der Peripherie. Auch in den prosperierenden sächsischen Städten wie Leipzig und Dresden, die mit einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen und Hochschulen ausgestattet sind, wird mit dem Abwandern der

klügsten Köpfe gerungen (vgl. IHK Dresden 2018). In Sachsen verließ 2018 etwa jeder vierte Hochschulabsolvent nach dem Abschluss das Bundesland (vgl. Studitemps 2019). Im Durchschnitt sind in den Jahren 2015 bis 2017 zwar 25 920 mehr Menschen nach Sachsen gezogen als abgewandert. Jedoch sind in diesem Zeitraum im Durchschnitt jährlich nur ca. 563 Menschen aus westdeutschen Bundesländern zugezogen (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2018). Der Großteil kam im Zuge der Flucht- und Migrationsbewegung aus dem Ausland nach Sachsen und steht somit nicht sofort und unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Darüber hinaus erschwert die offene oder latente Fremdenfeindlichkeit in Sachsen das Anwerben und Integrieren von Fachkräften aus anderen Bundesländern oder dem Ausland. Zudem wirkt sich der Fachkräftemangel negativ auf den Generationswechsel in KMU aus: Für sächsische Unternehmen wird es noch schwieriger, geeignete Nachfolger für die Unternehmensführung zu finden und die Existenz ihrer Unternehmen langfristig abzusichern (vgl. Die Sächsischen Industrie- und Handelskammern, Die Sächsischen Handwerkskammern, Landesverband der Freien Berufe 2017). Globale und regionale Herausforderungen beeinträchtigen sowohl den operativen Geschäftsbetrieb als auch die strategische Organisationsentwicklung. Diese sogenannten externen Barrieren lassen sich jedoch nur schwer von KMU selbst beeinflussen (vgl. Agrawal 2006, Astor et al. 2013).

Interne Herausforderungen sind hingegen v. a. auf die Unternehmensstruktur von KMU zurückzuführen. Traditions-

* Nils Dähne ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden in der Forschungsgruppe Human Factors and Resources. Katharina Heisig ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

reichen KMU wohnen oft unbewusst unternehmensinterne Widerstände gegenüber Veränderungen inne, die häufig auf mangelndes Wissen und begrenzte Fähigkeiten zurückzuführen sind, Unternehmensziele auf eine neue Art und Weise zu erreichen (vgl. Witte 1973). Selbst wenn in einigen Unternehmen diese Widerstände geringer ausfallen, sind KMU aufgrund der meist nur aus einer Person bestehenden Unternehmensleitung schwer in der Lage, eigene innovative Ideen umzusetzen. Die Unternehmensleitung ist gezwungen, sowohl den operativen als auch strategischen Geschäftsprozess zu planen und zu steuern, weswegen die persönlichen zeitlichen Ressourcen oft nicht ausreichen, sich zusätzlich mit einer neuen strategischen Ausrichtung zu beschäftigen. Ausreichendes Personal, um ein strukturelles Organisationswachstum voranzutreiben, ist selten vorhanden, und Stellen im Innovations- und Entwicklungsbereich bleiben unbesetzt, falls sie überhaupt vorhanden sind. Auch die Alterung der Unternehmenseigner steht in diesem Zusammenhang ein Problem dar.

Ein weiteres strukturelles Problem ist eine geringe Kapitalausstattung: Ungeplante Ausgaben oder schwer zu kalkulierende strategische Investitionen, die sich oft erst mittel- bis langfristig auszahlen, sind für viele KMU schnell existenzbedrohend oder schlichtweg nicht durchführbar. Zusätzlich kommt erschwerend das Problem hinzu, dass durch die verschärfte Bankenregulierung in Europa, ansässige Kreditinstitute weniger bereit sind, klassische Refinanzierungsformen wie Bankkredite für KMU zu gewähren (vgl. Boata 2019). Während bei Großunternehmen die Innovationsausgaben auf neue Rekordwerte steigen, spiegeln sich die sinkenden Ausgaben für Innovationen der KMU auch in aktuellen Erhebungen wider (vgl. ZEW 2018). Selbst im operativen Tagesgeschäft wird es für KMU aus genannten Gründen immer schwieriger, Aufträge termingerecht abzuarbeiten oder überhaupt anzunehmen (vgl. Risius et al. 2018).

Diese strukturellen Probleme sind auch Ausgangspunkt für die Bereitstellung von Ressourcen durch „Dritte“, z. B. durch Förderprogramme von EU, Bund und Ländern. Geld allein löst jedoch die analysierten Probleme nur in den seltensten Fällen langfristig, da vielen KMU die grundlegenden Strukturen für erfolgreiche Innovationsaktivität fehlen.

STRUKTURIERTE KOOPERATIVE INNOVATION KÖNNTE ZUR PROBLEMLÖSUNG DER KMU BEITRAGEN

Ein Lösungsansatz für genannte Probleme ist, eine gezielte Kooperation von KMU mit geeigneten Innovationspartnern wie bspw. Wissenschaftseinrichtungen und anderen Unternehmen strukturiert umzusetzen. Da Sachsen über eine bemerkenswerte Forschungslandschaft mit mehr als 40 grundlagennahen und anwendungsorientierten Wissenschaftseinrichtungen verfügt, können die aktuellen Bemühungen zur Förderung von Kooperationsprojekten zwischen KMU und Wissenschaftseinrichtungen oder großen Unternehmen als positiv bewertet werden. Fördergelder werden hierbei genutzt, um Innovationsprojekte von der Idee bis hin zur Marktreife gemeinsam mit einem oder mehreren Kooperationspartnern durchzuführen. Somit soll gezielt die Innovationsfähigkeit der KMU verbessert werden. Dieser Idee steht jedoch ein fundamentales Umsetzungsproblem entgegen. Durch den angedachten Ressourcen-

austausch mit Dritten nehmen die Anzahl der beteiligten Akteure, die Komplexität und dadurch die Informationskosten im Innovationsprozess zu. Dies erschwert die Lage für KMU zusätzlich, für die allein Kooperationen oder Innovationsvorhaben oft bereits zu komplex bzw. zu ressourcenaufwändig sind. Um kooperative Innovationsvorhaben erfolgreich umzusetzen, sollte der Zielkonflikt zwischen dem Ausbau von Innovationskooperation und steigender Prozesskomplexität durch strukturelles Vorgehen, den Abbau von organisationsinternen Widerständen durch Kompetenzausbau sowie ein transparentes Vorgehen gelöst werden.

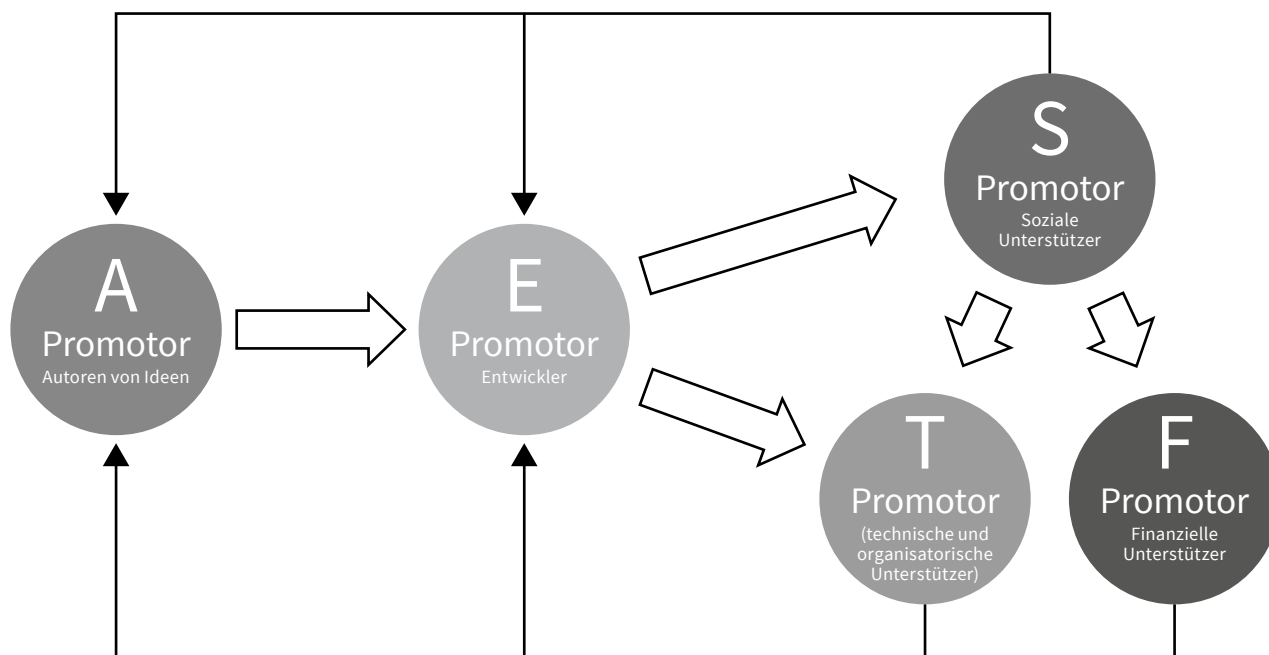
DURCH EINE GEZIELTE KOMPLEXITÄTSREDUKTION SIND INNOVATIONSPROJEKTE ERFOLGREICHER

Die Idee der Aufgabenteilung im Innovationsprozess innerhalb einer Organisation geht auf Joseph Alois Schumpeter zurück: Jeder solle sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren, wodurch ein effektiveres Arbeiten ermöglicht würde (vgl. Schumpeter 1912). Der weiterentwickelte Ansatz dieser Idee ist auch organisationsübergreifend anwendbar. Essenzielle Tätigkeiten der Invention und Entwicklung sowie die Schaffung von innovationsfördernden Rahmenbedingungen werden in funktionale Rollen (sogenannte Promotorenrollen) aufgeteilt. Der dadurch erzeugte dynamische Prozess der gegenseitigen Anregung und Arbeiterleichterung kann dazu führen, dass Innovationen gemeinsam und strukturiert bis hin zur Marktreife erfolgreich umgesetzt werden (Dähne und von der Weth 2017).

In einer qualitativen, nicht repräsentativen Befragung von KMU konnten erfolgreiche von nichterfolgreichen kooperativen Innovationsprojekten dadurch unterschieden werden, dass in den erfolgreichen Vorhaben die funktionalen Rollen, die in Abbildung 1 dargestellt sind, komplett besetzt waren. Soziale, technisch-organisatorische und finanzielle Promotoren schaffen nötige Rahmenbedingungen für Autoren von Ideen und Entwickler. Autoren von Ideen sind dadurch in der Lage, Entwicklern entsprechenden Innovationsinput zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse von Entwicklern wiederum geben sozialen und technisch-organisatorischen Promotoren Anreize, die innovationsförderlichen Rahmenbedingungen beizubehalten oder sogar zu verstärken. Soziale Unterstützer haben eine Schlüsselrolle inne. Sie pflegen oder organisieren Kontakte zu Personen, die nötige Marktkenntnisse haben und aktuelle Marktanforderungen kennen. Außerdem übernehmen sie zugleich die administrative Rolle als Projektkoordinator. Dabei agieren sie unterstützend sowie konfliktlösend zwischen allen Stakeholdern und sorgen dafür, dass der Innovationsprozess nicht zum Erliegen kommt (Dähne und von der Weth 2017).

Die aktive Aufgabenteilung nach diesen Funktionen ermöglicht es, die Komplexität eines Innovationsprojekts durch Strukturierung der Innovationsaufgaben zu reduzieren. Mit geeigneten Partnern können gezielt und nachhaltig fehlende Kompetenzen und Ressourcen kompensiert werden. Das erzeugt jedoch den Anspruch, dass KMU im Rahmen ihrer funktionalen Rolle innovationsfähig sind bzw. einen entsprechenden Mangel richtig identifizieren. Darüber hinaus müssen sie zu interdisziplinärer und organisationsübergreifender Kooperation fähig sein.

Abb. 1
Funktionale Rollen von Promotoren im kooperativen Innovationsprozess



Anmerkung: Die Rahmenbedingungen, um den kooperativen Innovationsprozess aufrecht zu erhalten, werden mithilfe einfacher Pfeile dargestellt. Das Anregen eines anderen Promotors wird durch dicke Pfeile dargestellt.

Quelle: Dähne und von der Weth (2017).

© ifo Institut

VORAUSSETZUNGEN UND PROBLEME EINES STRUKTURIERTEN KOOPERATIVEN INNOVATIONS-PROZESSES

Im Vorfeld sollte die Unternehmensführung die Herleitung der Probleme und Ziele eines geplanten innovativen Wandels im Unternehmen für möglichst alle Organisationsmitglieder transparent gestalten und die Vorteile des Innovationsvorhabens kommunizieren können. Dabei muss auf Einwände und Befindlichkeiten relevanter Akteure (v. a. Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten) eingegangen werden. Im Idealfall sind diese Probleme im Rahmen des Änderungsprozesses zu beachten und zu lösen. Dadurch entsteht ein organisationsübergreifender Konsens über die Notwendigkeit sowie ein Verständnis über Kosten und Nutzen des kollektiven Innovationsvorhabens. Die Unternehmensleitung sollte feststellen können, welche Fähigkeiten in den Bereichen Innovation und Kooperation im Unternehmen vorhanden sind. Sofern nötig, ist fehlendes Wissen gezielt in das Unternehmen zu transferieren, bspw. durch Schulungen oder Mitarbeitertrainings. Kooperationsfähigkeit und -motivation sind Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Innovationen im Unternehmen (Mirow 2010).

Mithilfe der getroffenen Maßnahmen können Innovationsaufgaben innerhalb funktionaler Promotorenrollen abgegrenzt und fehlendes Know-how gezielt durch passende Partner in das Innovationsvorhaben integriert werden. Jedoch fällt es vielen Unternehmen selbst im näheren Umfeld schwer, aufgrund der Masse an Informationen und Veranstaltungen geeignete Partner zu finden. Für KMU ist es demnach essenziell, dass die Partnersuche für eine innovative Kooperation in ihrer Region vereinfacht wird.

FAZIT

Die Unternehmenslandschaft in Sachsen besteht fast ausschließlich aus KMU. Eine gezielte Förderung dieser Unternehmen ist demzufolge wichtig für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft. Dies kann durch die Unterstützung von innovativen Kooperationen mit z. B. Wissenschaftseinrichtungen oder anderen Unternehmen erreicht werden. Im Vorfeld muss jedoch innerhalb von KMU der Wille zur Veränderung und ein ausreichendes Maß an Wissen über die bestehenden internen Stärken und Schwächen gegeben sein, damit entsprechende Funktionen durch Kooperationspartner strategisch abgedeckt werden können. Aufgrund der beschränkten Ressourcen wie mangelnde Zeit, eingeschränkte Liquidität und fehlender Zugriff auf Fachpersonal sind KMU oft nicht in der Lage, die nötigen Änderungsprozesse selbstständig im Unternehmen umzusetzen. Aus den gleichen Gründen haben KMU Probleme, geeignete und regional ansässige Kooperationspartner zu finden. Jedoch sind passende Kooperationspartner essenziell, um alle funktionalen Rollen im kooperativen Innovationsprozess zu besetzen, da dies die Wahrscheinlichkeit erhöht, erfolgreich zu innovieren. Folglich sollten sich externe Akteure zum einen stärker darauf konzentrieren, KMU für kooperative Innovation „fit zu machen“, bspw. durch Maßnahmen, die die Kooperations- und Innovationsfähigkeit verbessern. Zum anderen sollte die Suche nach bzw. der Zugang zu potenziellen Kooperationspartnern erleichtert werden. Dies ermöglicht mehr sächsischen KMU einen nachhaltigen Zugang zu kooperativen Innovationsprojekten.

LITERATUR

- Agrawal, A. (2006), „Engaging the inventor: Exploring licensing strategies for university inventors and the role of latent knowledge“, *Strategic Management Journal* 27 (01), S. 63–79.
- Astor, M., Dorn, F., Gerres, S., Glöckner, U., Hühnermund, P., Rammer, C., Riesenberger, D. und E. Schindler (2013), *Untersuchung von Innovationshemmnissen in Unternehmen – insbesondere KMU – bei der Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in vermarktungsfähige Produkte und mögliche Ansatzpunkte zu deren Überwindung. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Berlin.*
- Boata, A. (2019), *European regulatory changes will make banks less willing to lend to SMEs*, Euler Hermes Global, June 05, 2019.
- Dähne, N. und R. von der Weth (2017), *Konstruktion eigendynamischer Kompetenz- und Innovationsnetzwerke*. 10. Tagung der Fachgruppe Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie. Dresden: HTW Dresden.
- Die Sächsischen Industrie- und Handelskammern, Die Sächsischen Handwerkskammern, Landesverband der Freien Berufe (Hrsg.) (2017), *Unternehmensnachfolge in Sachsen. Von Generation zu Generation: Nachfolgegeschehen in Sachsen, Dresden.*
- IHK – Industrie- und Handelskammer Dresden (Hrsg.) (2018), *Sächsisches Fachkräftemonitoring 2018: Digitalisierung verschärft Fachkräfteengpass*, Nummer 09, 28. März 2018.
- Mirow, C. (2010), „Innovationsbarrieren“, in: Gemünden, H. G., Leker, J., Salomo, S., Schewe, G. und K. Talke (Hrsg.), *Betriebswirtschaftliche Studien in forschungsintensiven Industrien*, Gabler Verlag, Wiesbaden.
- Risius, P., Burstedde, A. und R. Flake (2018), *Fachkräfteengpässe in Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen finden immer schwerer Fachkräfte und Auszubildende*, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V., Köln.
- Schumpeter, J. A. (1912), *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Duncker und Humblot, Berlin.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2018), *Zu- und Fortzüge über die Grenze des Freistaates Sachsen 1990 bis 2017*, Gebietsstand 1. Januar 2018, Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2019), *Unternehmensregister-System 95 (URS 95): Unternehmen/Betriebe, WZ2008: 2-Steller, Auswertungszeitpunkt - Kreise (Gebietsstand ab 01.08.08) – Jahr (ab 2008), Tabelle 52111-103K.*
- Studitemps (Hrsg.) (2019), *Studentische Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands zwischen Schule, Studium und Beruf, Sonderauswertung der Studienreihe „Fachkraft 2030“*, Köln/Maastricht.
- Witte, E. (1973), *Organisation für Innovationsentscheidungen – Das Promotoren-Modell*, Schwartz & Co., Göttingen.
- ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Hrsg.) (2018), *Innovationen in der deutschen Wirtschaft // Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2017*, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Mannheim.

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus*

Deutschlandprognose 2019/2020: Konjunktur ohne Schwung¹

Die deutsche Wirtschaft kühlt sich seit Anfang letzten Jahres spürbar ab. Allerdings ist die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, in dem etwa ein Viertel der Wertschöpfung erwirtschaftet wird, steckt in einer Rezession. Gleichzeitig verzeichnen die größtenteils binnenorientierten Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft robuste und teilweise kräftige Zuwächse. Allerdings mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass sich die industrielle Schwäche allmählich über den Arbeitsmarkt und tiefe Wertschöpfungsketten auch auf die Binnenkonjunktur überträgt. Im laufenden Jahr wird mit einer Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 0,6% gerechnet. Unter der Annahme, dass die vielfältigen Abwärtsrisiken nicht eintreten, wird sich die Konjunktur im Jahr 2020 wieder etwas beschleunigen. Der Beschäftigungsaufbau wird sich in beiden Jahren deutlich verlangsamen.

ZUR ENTWICKLUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Die Weltkonjunktur kühlt sich seit dem vergangenen Jahr ab. Dies spiegelt sich vor allem in einer Schwäche der Industrieproduktion wider, die in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften besonders ausgeprägt ist. Zu Beginn dieses Jahres ist sie dort sogar gesunken. Bemerkenswert ist dabei die Entwicklung in den USA. Während die Produktion im vergangenen Jahr, wohl auch als Folge spürbarer Steuererleichterungen, noch lebhaft expandierte, fiel sie im ersten Quartal 2019 das erste Mal seit anderthalb Jahren. Hierzu dürften u. a. der Verwaltungsstillstand, die Kältewelle und der handelspolitische Konflikt zwischen den USA und China beigetragen haben. In Folge der Handelsstreitigkeiten ging auch in Japan die Produktion spürbar zurück. Dagegen legte die Produktion im Euroraum deutlich zu. Allerdings ist dies vor dem Hintergrund der zum Jahresende 2018 kräftig gefallenen Produktion zu bewerten, die im Zusammenhang mit den Problemen bei der Zertifizierung von Neuwagen stand. Viele Zentralbanken reagierten auf die konjunkturelle Abschwächung mit einer Ausweitung ihres expansiven Kurses. Auch die Finanzpolitik bleibt weltweit tendenziell expansiv ausgerichtet.

Die Industrieschwäche in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde erneut von einem Rückgang des Welthandels begleitet. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China führte nicht nur dazu, dass sich der Handel zwischen diesen beiden Ländern drastisch reduzierte, sondern überträgt sich mittlerweile auch auf den Warenaustausch anderer Länder. Dagegen expandierte der Handel des Vereinigten Königreichs lebhaft. Dies dürfte aber im Zusammenhang mit dem verstärkten Lageraufbau stehen, der eine Folge des wahrscheinlicher werdenden harten Brexit sein dürfte. Ungeachtet der sich abschwächenden Industriekonjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Konjunktur in den dortigen Dienstleistungsbereichen noch immer dynamisch. Diese wird weiterhin durch einen stetigen Beschäftigungsauf-

bau, kräftige Lohnzuwächse und steigende Konsumausgaben beflügelt.

Die insgesamt schwache konjunkturelle Grundtendenz wurde im ersten Quartal 2019 allerdings durch einen überraschend starken Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Welt überdeckt. Während die Schwellenländer eher verhalten expandierten, legte die wirtschaftliche Entwicklung vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kräftiger zu als es die Frühindikatoren nahegelegt hatten. Die Gründe hierfür sind zum Teil auf den Handelskonflikt zurückzuführen, zum Teil sind sie aber auch länderspezifisch.

Die Mehrheit der weltweiten Stimmungsindikatoren ist abwärtsgerichtet. Einzig die Stimmung unter den Konsumenten bleibt weiterhin optimistisch. Vor diesem Hintergrund dürfte die gesamtwirtschaftliche Weltproduktion im Prognosezeitraum nur moderat expandieren. Die bereits eingeführten Handelsbeschränkungen zwischen den USA und China sowie die Unsicherheit über die Einführung weiterer Zölle dämpfen die Handelsaktivität und senken die Investitionsbereitschaft. Auch die positiven Impulse der US-Steuerreform werden in diesem Jahr auslaufen. Darüber hinaus stellt der weiterhin unklare Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU einen Belastungsfaktor insb. für die britische Wirtschaft dar. Dagegen dürften die weiterhin deutlichen Einkommenszuwächse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften für einen lebhaften Konsum sorgen, so dass die Aktivität in großen Teilen des Dienstleistungssektors weiter zulegt. In den Schwellenländern dürften die Expansionsraten weiter stabil bleiben.

Insgesamt wird das BIP der Welt in diesem Jahr voraussichtlich um 2,7% und im kommenden Jahr um 2,6% zulegen. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose 2019 wurden die Zuwachsraten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

aufgrund des starken ersten Quartals nach oben revidiert. Dagegen wurden die Raten für die Schwellenländer nach unten korrigiert. Der Welthandel dürfte im Angesicht des Handelskonflikts in diesem Jahr lediglich moderat mit einer preisbereinigten Rate von 0,6% zulegen. Im Einklang mit der Dynamik der Weltproduktion wird der Handel im nächsten Jahr dann wohl um 3,0% expandieren.

Die Inflationsrate in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte im laufenden Jahr mit 1,6% niedriger liegen als im Jahr 2018 (2,0%), was vor allem eine Folge der zu Jahresbeginn 2019 deutlich niedrigeren Rohölpreise ist. Angesichts zunehmender Arbeitskräfteknappheiten in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte es über höhere Lohnzahlungen zu einem leicht beschleunigten Aufwärtsdruck auf die Preise im Jahr 2020 kommen. In den Schwellenländern werden die Verbraucherpreise im laufenden und kommenden Jahr ähnlich stark anziehen wie im vergangenen Jahr.

ZUR ENTWICKLUNG IM EURORAUM

Die Wirtschaft im Euroraum legte im ersten Quartal 2019 mit 0,4% gegenüber dem Vorquartal überraschend kräftig zu. Während die Wertschöpfung im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe stagnierte, expandierten vor allem die binnenorientierten Dienstleistungssektoren und die Bauwirtschaft. Zu dieser guten Entwicklung trugen mehrere Faktoren bei. Neben einer günstigen Witterung, von der die Bauwirtschaft profitierte, dürfte eine dynamische Realeinkommensentwicklung der privaten Haushalte in Folge höherer Beschäftigung, kräftiger Lohnanstiege und im Verlauf annähernd stagnierender Verbraucherpreise die Kaufkraft gestützt haben. Zudem kam es zu einem kräftigen Aufholeffekt bei den Kfz-Zulassungen, nachdem sie im Herbst 2018 wegen der Probleme bei der Umstellung auf den neuen Abgas-Teststandard WLTP eingebrochen waren.

Die Erholung zu Jahresbeginn überzeichnet allerdings die schwache konjunkturelle Grundtendenz im Euroraum, die seit dem vergangenen Jahr zu beobachten ist. Auffällig ist dabei eine seit Ende 2017 auseinanderlaufende Entwicklung zwischen den Wirtschaftsbereichen. Während die nominalen Umsätze im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe weitgehend stagnierten, verzeichneten die eher binnenorientierten Dienstleistungsbereiche eine stetige Ausweitung ihrer Umsätze.

Die jüngsten Daten zur Erwerbstätigkeit deuten auf eine weiterhin robuste Lage am Arbeitsmarkt hin. Dagegen hat die Inflationsdynamik seit Ende letzten Jahres nachgelassen. Dabei spielen die niedrigeren Energiepreise eine wesentliche Rolle. Die Kerninflationsrate, die den Anstieg der Verbraucherpreise ohne Berücksichtigung der Energie- und Nahrungsmittelkomponenten misst, verharrt schon seit langem bei knapp über 1%. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren geldpolitischen Kurs in den vergangenen Monaten weiter gelockert. Im Vergleich zum Vorjahr wird die Finanzpolitik im Euroraum im laufenden Jahr voraussichtlich etwas expansiver ausgerichtet sein.

Das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Leistung des Euroraums dürfte im zweiten Quartal etwas schwächer ausfallen als zu Beginn dieses Jahres, was insb. der Ent-

wicklung im Bausektor und beim Export geschuldet ist. Ab dem zweiten Halbjahr wird sich die konjunkturelle Dynamik wieder leicht verstärken, wenn sich der Industriesektor neben dem weiterhin stabilen Dienstleistungssektor langsam erholt. Dafür sprechen u. a. die zuletzt gestiegenen Produktionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe. Insgesamt dürfte das preisbereinigte BIP im Euroraum in diesem Jahr um 1,2% und im nächsten Jahr um 1,5% zunehmen. Damit dürften die Kapazitäten im Prognosezeitraum weitgehend normal ausgelastet bleiben.

Von den vier größten Ländern des Euroraums wird im laufenden Jahr wohl Spanien erneut am kräftigsten expandieren, gefolgt von Frankreich. In Deutschland und Italien wird die Wirtschaft voraussichtlich nur schwach zulegen können. Während sich das Expansionstempo in Spanien und Frankreich im nächsten Jahr leicht verlangsamen dürfte, wird für Deutschland wieder ein stärkeres Wachstum erwartet. Italien wird auf niedrigerem Niveau wohl ebenfalls etwas kräftiger expandieren. Im Vergleich zur ifo Frühjahrsprognose 2019 wurde die Expansion des realen BIP im Euroraum für dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Dies ist vor allem auf das erste Quartal 2019 zurückzuführen, das besser als erwartet ausfiel.

Im Einklang mit der schwächeren Entwicklung der Wirtschaftsleistung dürfte auch die Arbeitslosigkeit langsamer zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird im laufenden Jahr voraussichtlich auf 7,6% und im kommenden Jahr auf 7,4% sinken. Dabei verringern sich allmählich auch die markanten Niveauunterschiede zwischen den Ländern des Euroraums.

Auch die Inflation wird wohl gegenüber dem Vorjahr an Dynamik verlieren. In diesem Jahr dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise 1,3% betragen und im kommenden Jahr leicht auf 1,5% zunehmen. Die Kerninflationsrate wird sich wohl auch in diesem Jahr knapp über der 1%-Marke bewegen und im nächsten Jahr nur moderat auf 1,4% steigen.

INTERNATIONALE RISIKEN

Die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung dominieren weiterhin die Chancen. Insb. ist eine Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und China nach dem Scheitern der Handelsgespräche Anfang Mai wahrscheinlicher geworden. Die USA setzten den chinesischen Konzern Huawei auf eine schwarze Liste. Daraufhin reagierte China mit der Andeutung, es könne die Ausfuhr von Seltenen Erden beschränken, die in vielen Rüstungs- und Konsumgütern enthalten ist. China kontrolliert weltweit den Großteil dieses Rohstoffes und verfügt über die Mehrzahl der für die Verarbeitung des Rohstoffes notwendigen Anlagen. Der US-Präsident hat darauf mit der Androhung weiterer Zollerhöhungen für chinesische Waren im Wert von 300 Mrd. US-Dollar reagiert.

Aber auch andere Länder stehen nach wie vor im Visier der amerikanischen Handelspolitik. Mexiko konnte zwar vorläufig verhindern, dass die USA Zölle auf alle Einfuhren aus Mexiko erheben. Das Risiko bleibt aber dennoch, dass auch dieser Konflikt durch die USA wieder aufgebrochen wird. Auch der Beschluss der US-Regierung, die Entscheidung über die Einführung von Autozöllen gegenüber der EU um weitere 180 Tage zu verschieben (die erste Frist für die Entscheidung

lief Mitte Mai aus), bedeutet keine Entwarnung. Dieser Handelsstreit dürfte im Herbst wieder aktuell werden. Sollten die Importzölle für die Automobile aus der EU tatsächlich eingeführt werden, würde dies einen deutlichen negativen Einfluss auf die europäischen Exporte in die USA haben. Vor allem die deutsche Autoindustrie wäre hiervon betroffen. In den nächsten Monaten gibt es aber auch die Möglichkeit, für Entspannung in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA zu sorgen. Der EU-Kommission wurde ein Mandat erteilt, den Handel mit Industriegütern zwischen der EU und den USA neu zu verhandeln. Ein Freihandelsabkommen könnte Handelshemmnisse auf beiden Seiten des Atlantiks abbauen und so den Warenaustausch ankurbeln.

Auch der von China eingeschlagene konjunkturelle Pfad und dessen Auswirkungen auf die Finanzstabilität Chinas sind unklar. Die Erfahrungen des Winterhalbjahrs 2018/2019 zeigen, dass restriktivere Politikmaßnahmen, wie der Versuch, die Expansion des Schattenbankensektors zu dämpfen, die chinesische Konjunktur sehr schnell und deutlich belasten und China die Zügel wieder lockert. Dadurch würde aber wieder die Kreditvergabe des nicht-regulierten Schattenbankensektors steigen, die potenziell mit einer höheren Risikobereitschaft von Gläubigern und Schuldern einhergehen könnte. Der bereits sehr hohe Verschuldungsgrad des nicht-finanziellen Sektors würde weiter zunehmen und die Gefahr einer Neubewertung der Risiken mit plötzlichen starken Verkäufen bestimmter Finanzanlagen steigen. Ein Ende einer solchen Politik der Rücknahme und Lockerung ist nicht abzusehen und birgt Risiken für die Finanzstabilität Chinas.

In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Verschuldung von nicht-finanziellen Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Der Verschuldungsanstieg ergab sich insb. durch die Neuemission von Anleihen. Ein immer größer werdender Anteil dieser Anleihen wird dabei gerade noch mit Investment Grade bewertet. Sollte sich die Konjunktur und damit die Ertragsaussichten dieser Unternehmen stärker abschwächen als erwartet, könnten viele dieser Anleihen auf Non-Investment Grade abgewertet werden und institutionelle Investoren müssten sie aufgrund von Regulierungsvorschriften abstoßen, was Preisverfälle auf Anleihenmärkten und möglicherweise Neubewertungen weiterer Assetklassen nach sich ziehen könnte.

Der Mitte Mai einsetzende kräftige Rückgang der Rohölpreise zeigt das Spannungsfeld, in dem sich der Ölmarkt derzeit befindet. Einerseits gibt es mehrere angebotsseitige Faktoren, die einen Aufwärtsdruck auf die Preise bewirken sollten. Dazu zählen sowohl die Ungewissheit im Hinblick auf den Fortbestand des Atomabkommens mit dem Iran und die Bereitschaft Saudi-Arabiens, das iranische Rohöl am Weltmarkt zu ersetzen, als auch die Sorge, dass die Ölförderung Venezuelas aufgrund einer maroden Infrastruktur immer häufiger unterbrochen wird. Andererseits könnte die weltweite Konjunktur, auch infolge des Handelskonflikts, deutlich schwächer ausfallen und damit den Rohölpreis dämpfen.

Auch der nach wie vor geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ist ein Risiko für die Prognose. Nach der Verschiebung des Austrittsdatums sollte der Brexit spätestens bis Ende Oktober dieses Jahres stattfinden. Aktuell stehen allerdings alle Verhandlungen still, da zunächst ein

neuer Premierminister bzw. eine neue Premierministerin gewählt werden soll.

Ein weiteres Risiko stellt die Haushaltslage Italiens dar. Wenn der Streit mit der Europäischen Kommission wieder aufblammen sollte, könnte dies negative Auswirkungen auf die ohnehin schwache konjunkturelle Dynamik in dem südeuropäischen Land haben. Sollten die Risikoprämien für die italienischen Schuldtitel (deutlich) steigen, könnte dies die Stabilität des italienischen Bankensystems bedrohen und damit die Kreditvergabebereitschaft der italienischen Banken einschränken. Da italienische Geschäftsbanken Ende 2018 mit 353 Mrd. Euro etwa 18% der ausstehenden italienischen Staatsanleihen hielten, wären die mit einem kräftigen Kursverfall verbundenen Verluste bedrohlich. Doch auch französische und spanische Geschäftsbanken halten beträchtliche Forderungen gegenüber dem italienischen Staat (55 bzw. 40 Mrd. Euro). Daher könnte es auch zu Übertragungseffekten auf die Bankensysteme anderer Euroländer kommen.

ZUR DEUTSCHEN KONJUNKTUR

Die deutsche Wirtschaft kühlt sich seit Anfang letzten Jahres spürbar ab. Die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, die ihren Hochpunkt im Boomjahr 2017 erreicht hat, wird allmählich abgebaut. Allerdings ist die konjunkturelle Entwicklung gespalten. Das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, in dem etwa ein Viertel der Wertschöpfung erwirtschaftet wird, steckt seit Mitte letzten Jahres in einer Rezession. Wirtschaftspolitiken, die über Abschottung, Sanktionen und Androhungen versuchen, die globalisierte Wirtschaftsordnung zu verändern, haben die Verunsicherung weltweit steigen, die Industriekonjunktur abkühlen und den Welthandel einbrechen lassen. Hinzu kamen gravierende Probleme der deutschen Automobilindustrie mit der Zertifizierung von Neuwagen nach dem neuen Abgastestverfahren WLTP, die seit dem letzten Sommer zu stark schwankenden Produktions- und Absatzzahlen führten.

Gleichzeitig verzeichnen die größtenteils binnenorientierten Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft robuste und teilweise kräftige Zuwächse. Zunehmende Beschäftigung, hohe Tarifabschlüsse, Steuer- und Abgabentlastungen, steigende Transfereinkommen und niedrige Zinsen beflügeln die Nachfrage nach Konsumgütern, konsumnahen Dienstleistungen und Wohnbauten und damit die Wertschöpfung in diesen Wirtschaftsbereichen. Dennoch mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass sich die industrielle Schwäche allmählich über den Arbeitsmarkt auch auf die Binnenkonjunktur überträgt. So kam der Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe zum Erliegen, und auch in den Dienstleistungsbereichen gehen die Zuwächse langsam zurück. Gleichzeitig trübt sich die Stimmung unter den Dienstleistungsunternehmen seit geraumer Zeit ein.

Die zusammengenommen schwache konjunkturelle Grundtendenz wurde zu Jahresbeginn von einem unerwartet deutlichen Anstieg des realen BIP verdeckt. Während die Gesamtschau der konjunkturellen Frühindikatoren auf eine weiterhin gedämpfte Dynamik hindeutete, schlug vor allem der Absatz von Kraftfahrzeugen, der im Schlussquartal 2018 infolge der WLTP-Problematik eingebrochen war, kräftiger als

erwartet zu Buche. Dadurch kam es verwendungsseitig sowohl bei den privaten Konsumausgaben als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen zu starken Nachholeffekten; entstehungsseitig profitierten der Handel und die bei den Unternehmensdienstleistern angesiedelten Leasingfirmen. Schließlich sorgten auch die im Vorquartalsvergleich überraschend stabilen Konsumentenpreise für ein kräftiges Kaufkraftplus.

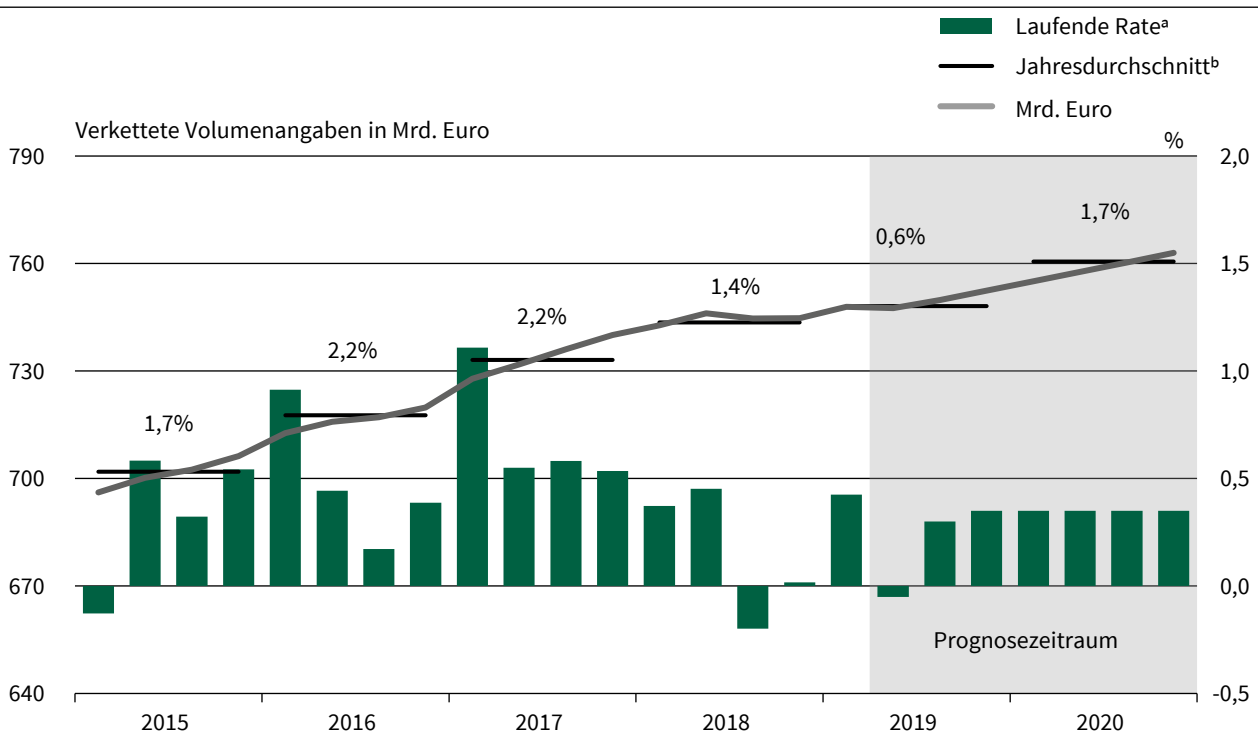
Die hohe gesamtwirtschaftliche Schlagzahl der deutschen Wirtschaft zu Jahresbeginn dürfte im zweiten Quartal 2019 nicht zu halten sein. Zum einen dürfte das Auslaufen des Sondereffekts dazu führen, dass die privaten Konsumausgaben, aufgrund der kräftigen Ausweitung zu Jahresbeginn, nunmehr im zweiten Quartal als konjunkturelle Triebkraft fehlen, worauf die rückläufigen realen Einzelhandelsumsätze im April hindeuten. Zusätzlich wird der Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bremsen, da insb. die realen Ausfuhren im April 2019 einen erheblichen Dämpfer hinnehmen mussten. Zum anderen befindet sich die deutsche Industrie in der Rezession und auch für das zweite Quartal des laufenden Jahres ist keine Besserung in Sicht, was die jüngsten Zahlen zur Industrieproduktion nahelegen. Im April 2019 ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um 2,5% unter den Wert des Vormonats gefallen. Das zu erwartende Minus bei der industriellen Wertschöpfung ist im zweiten Quartal 2019 aller Voraussicht nach nicht mehr von einem Plus in den übrigen Wirtschaftsbereichen überkompensiert worden, zumal die Schwäche im industriellen Kern auch auf andere Bereiche ausgestrahlt haben dürfte. Deutlich wird die langsamere

Gangart der deutschen Wirtschaft mit Blick auf das ifo Geschäftsklima Deutschland, welches sich nunmehr kontinuierlich seit Jahresmitte 2018 eintrübt. Daher dürfte das preisbereinigte BIP im zweiten Vierteljahr 2019 mit -0,1% sogar gesunken sein (vgl. Abb. 1).

Im weiteren Jahresverlauf 2019 dürfte sich der gesamtwirtschaftliche Produktionszuwachs mit 0,3% wieder beschleunigen. Die deutsche Industrie dürfte nur allmählich aus der Rezession kommen und auch die Gangart in den Dienstleistungsbereichen dürfte sich etwas verlangsamen. Der Zuwachs bei den privaten Konsumausgaben dürfte sich fortsetzen, wozu der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die zu erwartenden Realeinkommensgewinne positiv beitragen werden. Vom Außenhandel dürfte nur ein marginal positiver Beitrag ausgehen und auch bei den Ausrüstungsinvestitionen ist eher mit einer moderaten Gangart zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2019 wird das preisbereinigte BIP voraussichtlich um 0,6%, nach 1,4% im Vorjahr, expandieren (vgl. Tab. 1); der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft wird damit spürbar abnehmen. Im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Grunddynamik im Vergleich zu 2019 wieder etwas beschleunigen. Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate fällt mit 1,7% recht kräftig aus, wozu ein spürbarer Kalendereffekt von 0,4% beiträgt.

In Folge der deutlich weniger dynamischen Produktionsentwicklung dürfte sich der Beschäftigungsaufbau abschwächen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2019 mit voraussichtlich 433 000 Personen weniger stark zunehmen als im Vorjahr. Im Jahr 2020 dürfte

Abb. 1
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2019: Prognose des Instituts.

© ifo Institut

Tab. 1**Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2017	2018	2019	2020
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %^a				
Private Konsumausgaben	1,8	1,1	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,0	1,6	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	2,6	3,0	2,8
Ausrüstungen	3,7	4,2	2,4	3,1
Bauten	2,9	2,4	4,4	3,0
Sonstige Anlagen	1,3	0,4	0,2	1,7
Inländische Verwendung	2,0	1,9	1,2	1,7
Exporte	4,6	2,0	1,3	3,8
Importe	4,8	3,3	2,8	4,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,2	1,4	0,6	1,7
Erwerbstätige ^b (in 1 000 Personen)	44 269	44 841	45 274	45 521
Arbeitslose (in 1 000 Personen)	2 533	2 340	2 247	2 188
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	5,7	5,2	4,9	4,8
Verbraucherpreise ^d	1,5	1,8	1,5	1,8
<i>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)</i>				
Lohnstückkosten ^e	1,5	2,6	3,5	1,3
<i>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)</i>				
Finanzierungssaldo des Staates ^f				
in Mrd. Euro	34,0	57,3	48,7	31,7
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,0	1,7	1,4	0,9
Leistungsbilanzsaldo				
in Mrd. Euro	261,9	246,2	243,0	251,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	8,0	7,3	7,0	6,9

a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2010=100). – e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2019 bis 2020 Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

der Zuwachs noch ca. 247 000 Personen betragen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im laufenden und im kommenden Jahr nur noch um 93 000 bzw. 59 000 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) wird im Prognosezeitraum von voraussichtlich 4,9% auf 4,8% sinken (vgl. Tab. 1).

Die Verbraucherpreise dürften im Durchschnitt des laufenden Jahres um 1,5% steigen. Binnenwirtschaftlich dürften die Unternehmen den Lohnkostenschub, der insb. durch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgelöst wurde, nach und nach an die Verbraucher weitergeben. Zudem ist der gesetzliche Mindestlohn erhöht worden. Im nächsten Jahr dürfte sich die Inflationsrate, im Einklang mit der besseren Konjunktur, auf 1,8% beschleunigen. Die Effektivlöhne dürften im Prognosezeitraum stärker steigen als die Tarifverdienste. Die positive Lohndrift ist insb. Ausdruck für die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften, welche Arbeitgeber dazu veranlasst, höhere Löhne zu bezahlen, um freie Stellen besetzen und bestehendes Personal halten zu können. Damit werden die tatsächlich gezahlten Verdienste je Arbeitnehmer im laufenden und im kommenden Jahr voraussichtlich um 3,0% bzw. 2,5% zuneh-

men und somit um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte stärker steigen als die Tariflöhne.

Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. Dazu tragen insb. die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, die Ausweitung der Mütterrente in der ersten Jahreshälfte und das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz bei. Es wird erwartet, dass sich der Finanzierungsüberschuss im Jahr 2019 auf rund 49 Mrd. Euro bzw. 1,4% in Relation zum BIP beläuft und sich damit weiterhin Überschüsse in ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahr realisieren. Der Expansionsgrad dürfte im Jahr 2020 zurückgehen und insgesamt schwächer ausfallen. Positive Impulse sind vor allem aus den Entlastungen bei der Einkommensteuer sowie durch die Ausweitung der investiven Ausgaben der Gebietskörperschaften zu erwarten. Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss wird im Jahr 2020 voraussichtlich rund 32 Mrd. Euro bzw. 0,9% in Relation zum BIP betragen.

1 Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2019, vgl. Wollmershäuser, T. et al. (2019), „ifo Konjunkturprognose Sommer 2019: Deutsche Konjunktur ohne Schwung“, ifo Schnelldienst, (72) 12, S. 25-78.

Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Joachim Ragnitz*

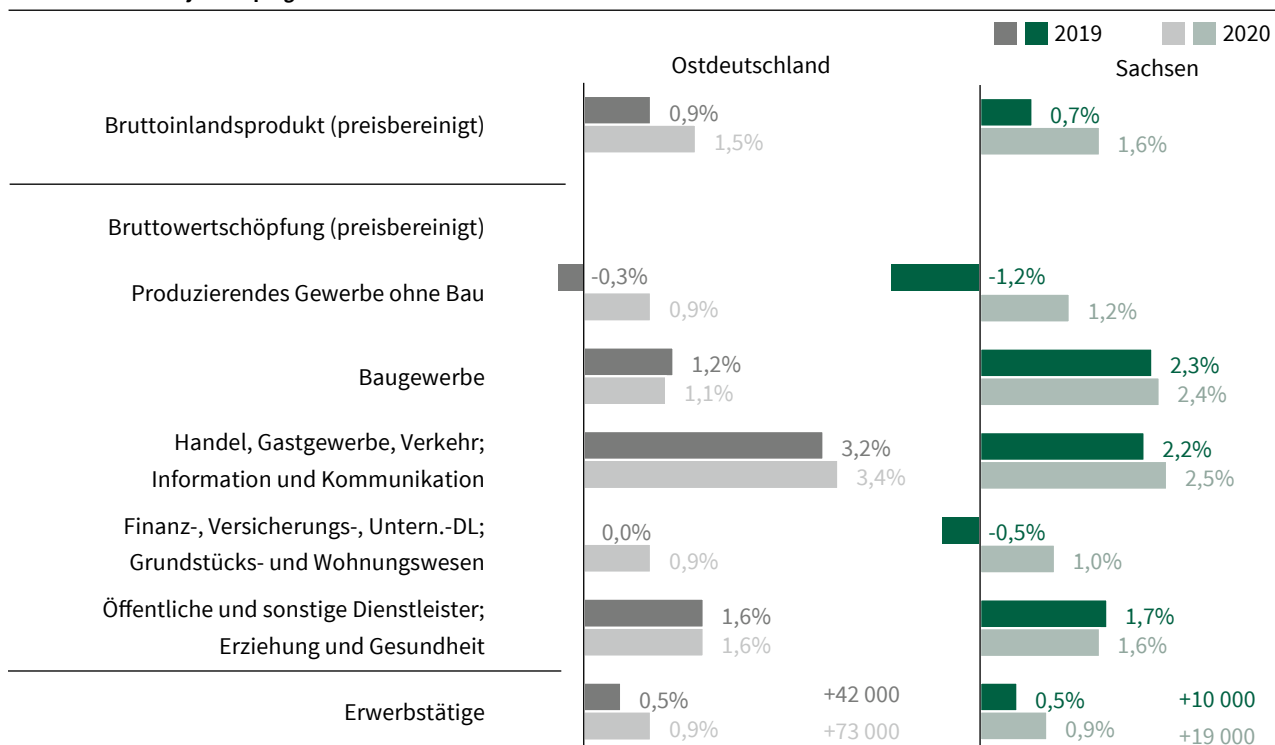
ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2019: Binnenkonjunktur stützt ostdeutsche Wirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen wird in diesem und dem kommenden Jahr von der guten Binnenkonjunktur gestützt. Der Abschwung der Industrie dürfte in der zweiten Jahreshälfte gebremst werden. Im kommenden Jahr dürfte die Industrie dann auch wieder expandieren. Insgesamt dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland in den Jahren 2019 und 2020 im Vorjahresvergleich voraussichtlich um 0,9% und 1,5% wachsen. Die sächsische Wirtschaft dürfte im gleichen Zeitraum um 0,7% und 1,6% expandieren. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in Ostdeutschland und Sachsen in diesem und im kommenden Jahr jeweils um 0,5% und 0,9% zunehmen.

Dieser Beitrag stellt die ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen im Sommer 2019 vor (vgl. Abb. 1). Diese ist abgestimmt auf die ifo Konjunkturprognose für Deutschland vom 18. Juni 2019. Diese wird ausführlich von Wollmershäuser et al. (2019) erläutert; eine Zusammenfassung bietet Nierhaus (2019) in diesem Heft.

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden und Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Eckdaten der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM ÜBERBLICK

Die ostdeutsche Wirtschaft folgt im Verlaufsbild der deutschen Konjunktur (vgl. Abb. 2). Dabei sind, wie in Deutschland insgesamt, zwei unterschiedliche Entwicklungen zu konstatieren. Einerseits befindet sich die Industrie aufgrund des lahrenden Außenhandels schon seit Beginn des Jahres 2018 im Sinkflug. Andererseits profitieren die Dienstleister und der Bausektor weiterhin von der starken Binnenkonjunktur. Letztendlich bremsen der negative Impuls der Industrie im Jahr 2019 auch das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland und Sachsen merklich. Im Jahr 2020 dürfte der Außenhandel allerdings wieder auf seinen normalen Wachstumspfad zurückkehren und damit auch der Industrie neue Impulse geben.

DIE WIRTSCHAFTSBEREICHE IM EINZELNEN

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Der Sinkflug des Welthandels machte sich auch in Ostdeutschland und Sachsen negativ bemerkbar. Die Ausfuhren der ostdeutschen und sächsischen Wirtschaft sanken im ersten Quartal 2019 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1,2% bzw. 2,1% (vgl. Abb. 3). Der deutlichere Rückgang der Ausfuhren sächsischer Unternehmen ist dabei auf deren stärkere Einbindung in den internationalen Handel zurückzuführen.

Auch im zweiten und dritten Quartal des Jahres dürfte die industrielle Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen weiter rückläufig sein. Hierauf deuten aktuelle Frühindikatoren hin: Die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind in Ostdeutschland und insb. in Sachsen weiterhin

abwärtsgerichtet und auch die Auftragseingänge in der sächsischen Industrie sind rückläufig. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Beschleunigung des Welthandels dann positiv auf die Industrie in Ostdeutschland und Sachsen auswirken. Dieser Impuls dürfte aber nicht ausreichend sein, um den Rückgang in der ersten Jahreshälfte auszugleichen.

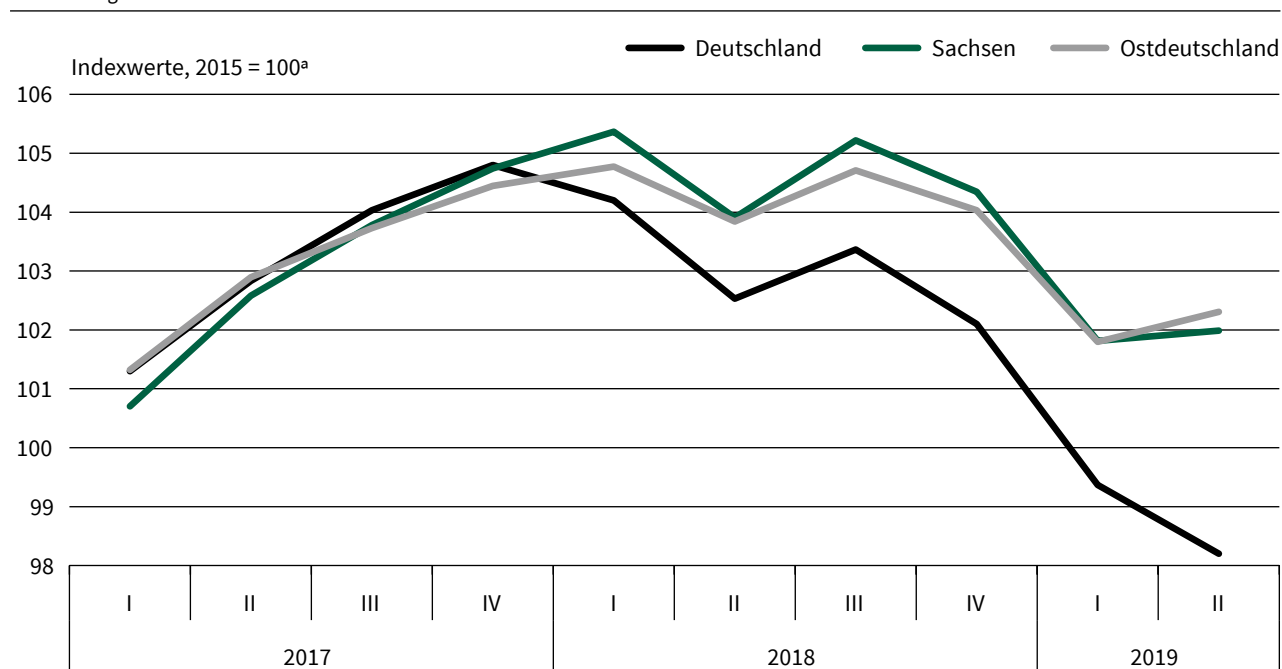
Im kommenden Jahr dürfte der Welthandel dann im Gleichklang mit der Weltwirtschaft expandieren. Entsprechend dürfte auch die industrielle Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen wieder Fahrt aufnehmen. Aufgrund der stärkeren Einbindung in den internationalen Handel dürfte die Industrie in Sachsen etwas schneller expandieren als in Ostdeutschland.

Im Jahr 2019 dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung (BWS) des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um -0,3% zurückgehen. In Sachsen dürfte der Rückgang mit -1,2% noch deutlicher ausfallen. Im kommenden Jahr dürften die Wachstumsraten mit 0,9% bzw. 1,2% wieder deutlich positiv sein.

Baugewerbe

Das Baugewerbe in Ostdeutschland und Sachsen startete gut ins Jahr 2019. Die geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe stiegen im ersten Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um kräftige 13,3% bzw. 9,0% (vgl. Abb. 4). Der ostdeutsche Wohnungsbau profitierte von der anhaltend hohen Wohnungsnachfrage in Ballungszentren, was insb. auf Berlin zurückzuführen sein dürfte. Zudem weiteten sowohl öffentliche als auch private Auftragsgeber ihre Bautätigkeit im ersten Quartal 2019 deutlich aus.

Abb. 2
ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen
Gesamte regionale Wirtschaft^a



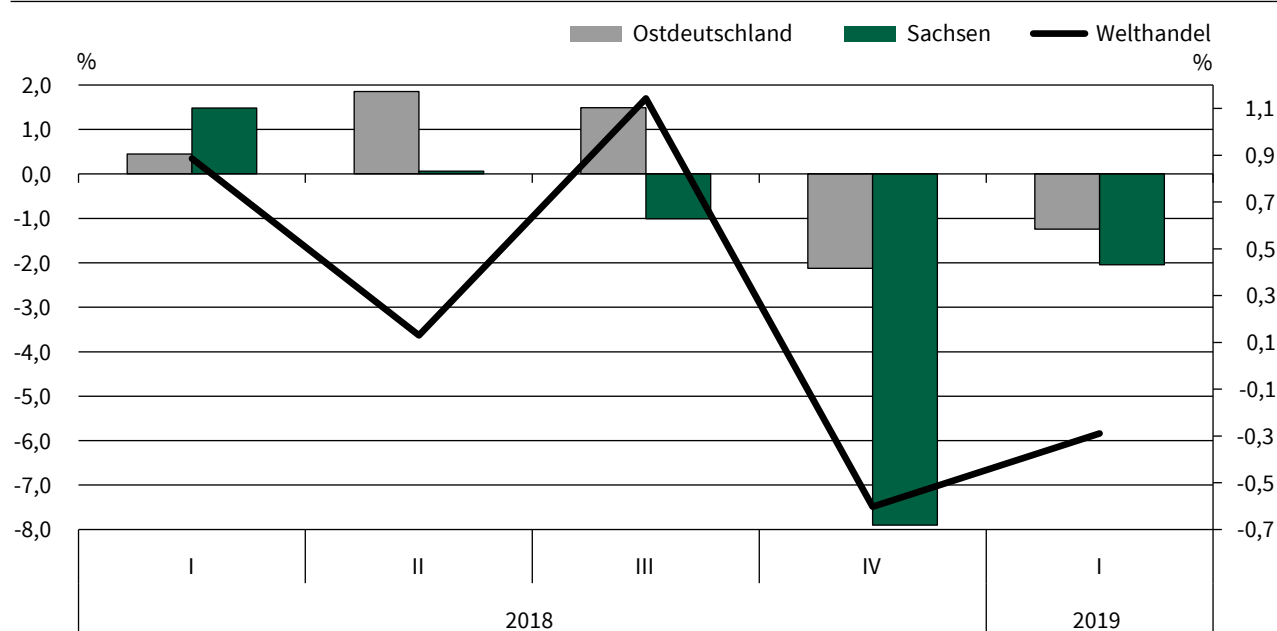
a) Saisonbereinigt.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2019.

© ifo Institut

Abb. 3
Entwicklung des Außenhandels: Wert der Ausfuhren^a und Welthandel^b

Wert der Ausfuhren auf der linken Skala



a) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %.

b) Saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2019a), CPB (2019), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Die gewerbliche Bautätigkeit dürfte, trotz des guten ersten Quartals, im weiteren Verlauf des Jahres 2019 jedoch deutlich an Fahrt verlieren. Die rückläufige industrielle Entwicklung macht sich bereits bei den Auftragseingängen des gewerblichen Baus bemerkbar. Erst im kommenden Jahr dürfte die gewerbliche Bautätigkeit in Ostdeutschland und Sachsen mit der industriellen Entwicklung wieder Fahrt aufnehmen. Da die Industrie im Freistaat stärker zulegen dürfte als in Ostdeutschland, sollte der sächsische Wirtschaftsbau im kommenden Jahr schneller zulegen als der ostdeutsche.

Im Wohnungsbau dürfte sich die Expansion aufgrund der nach wie vor vorteilhaften Finanzierungsbedingungen und der günstigen Einkommenssituation im gesamten Prognosezeitraum weiter fortsetzen. Im ostdeutschen Wohnungsbau deuten die Auftragseingänge des ersten Quartals 2019 auf eine gute Entwicklung hin. Das Expansionstempo des vergangenen Jahres wird aber voraussichtlich nicht mehr erreicht.

Im Freistaat Sachsen sind die Auftragseingänge im Wohnungsbau im ersten Quartal 2019 sehr kräftig gestiegen. Die Expansion des Wohnungsbaus dürfte sich hier im Jahresverlauf deswegen eher beschleunigen. Zudem setzte die expansive Wohnungsbautätigkeit in Sachsen im Vergleich zu Ostdeutschland und Deutschland erst verspätet ein. Entsprechend dürften Wohnungsbauaktivitäten noch nachgeholt werden.

Die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand dürfte im Prognosezeitraum weitere Impulse für die Bauwirtschaft in Sachsen und Ostdeutschland geben. Aufgrund zusätzlicher Infrastrukturinvestitionen dürfte der öffentliche Bau in Sachsen sogar etwas schneller expandieren als in Ostdeutschland insgesamt.

Im Jahr 2019 dürfte die preisbereinigte BWS des Bauhauptgewerbes in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um 1,2% zulegen. In Sachsen dürfte die Zunahme mit 2,3% noch deutlicher ausfallen. Im kommenden Jahr dürften die Wachstumsraten dann 1,1% und 2,4% betragen.

Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Nachrichtenübermittlung

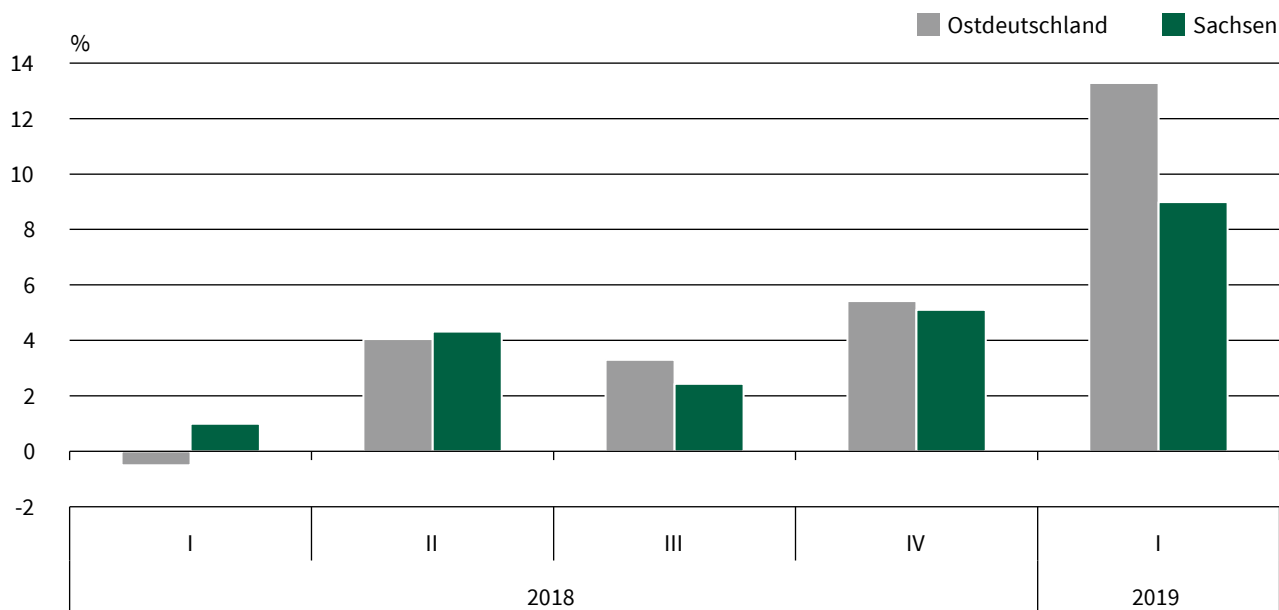
Im ersten Quartal 2019 legte der private Konsum in Deutschland spürbar zu. In Sachsen stiegen die realen Umsätze im Einzelhandel und Gastgewerbe im ersten Quartal 2019 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum dennoch nur um jeweils 0,6% (vgl. Abb. 5). Im weiteren Jahresverlauf dürften die konsumnahen Dienstleister von der guten Einkommenssituation der Verbraucher profitieren. Die Effektivlöhne der Arbeitnehmer dürften im laufenden Jahr voraussichtlich um 3,0% steigen. Darüber hinaus profitiert der private Konsum von dem Anstieg der Altersrenten, der Erhöhung des Kindergelds sowie der Anpassung der BAföG-Leistungen. Im kommenden Jahr dürfte sich die Steigerung der Konsumausgaben dann jedoch etwas verlangsamen. Die Effektivlöhne dürften im kommenden Jahr mit einer Zunahme von 2,5% etwas langsamer steigen.

Neben dem privaten Konsum hat auch die industrielle Entwicklung Einfluss auf den Bereich. Der Großhandel und der Bereich Verkehr und Lagerei werden ebenfalls von der industriellen Entwicklung beeinflusst und dürften sich im ersten Quartal 2019 eher schwach entwickelt haben. Die realen Umsätze des Großhandels in Sachsen stiegen im Januar und Februar gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um 0,1%. Im weiteren Prognosezeitraum dürften sich sowohl Großhandel

Abb. 4

Entwicklung der Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen (Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019b), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

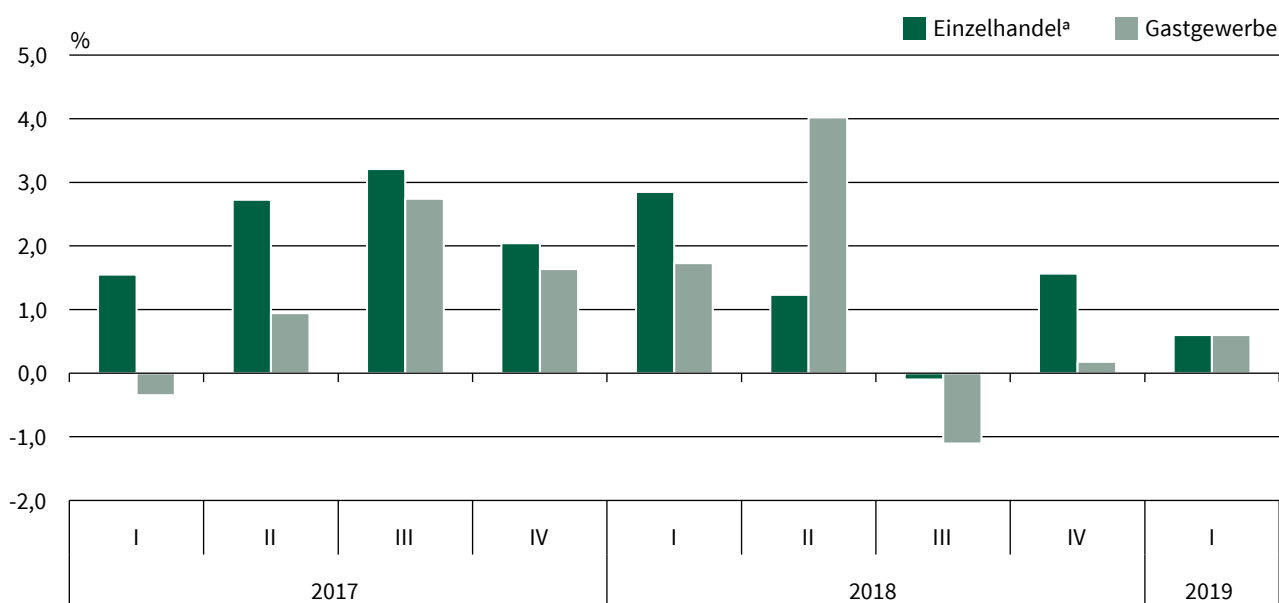
als auch Verkehr und Lagerei im Einklang mit der Industrie entwickeln.

Trotz der hohen Binnennachfrage dürfte somit die Schwäche der Industrie die Entwicklung im Sektor im laufenden Jahr dämpfen. Im kommenden Jahr dürfte die anziehende industrielle Entwicklung neue Impulse liefern.

Im Jahr 2019 dürfte die preisbereinigte BWS im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Nachrichtenübermittlung in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um 3,2% steigen. In Sachsen dürfte der Zuwachs mit 2,2% geringer ausfallen. Im kommenden Jahr dürften die Wachstumsraten 3,4% und 2,5% betragen.

Abb. 5

Reale Umsatzentwicklung im sächsischen Einzelhandel und Gastgewerbe (Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %)



a) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Vorläufige Ergebnisse, reale Werte in den Preisen des Jahres 2015.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen

Das Grundstücks- und Wohnungswesen dürfte im Prognosezeitraum von der guten Baukonjunktur profitieren. Insb. die anhaltende Expansion des Wohnungsbaus dürfte sich hier positiv auswirken. Von den Finanz- und Versicherungsdienstleistern dürften im weiteren Prognosezeitraum keine Impulse ausgehen. Hier machen sich die anhaltend niedrigen Zinsen bemerkbar. Zudem dürften sich die Finanz- und Versicherungsdienstleister mit der zunehmenden Digitalisierung von Bank- und Versicherungsdienstleistungen sowie der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum, weiter aus der Fläche zurückziehen.

Die Situation der unternehmensnahen Dienstleister ist eng mit der Entwicklung der Industrie verbunden. Durch längerfristige Vertragsbindungen zwischen Dienstleistern und Industriebetrieben wird der Zusammenhang allerdings gedämpft. Aufgrund des deutlicheren Rückgangs der Industrie in Sachsen, dürften die unternehmensnahen Dienstleister hier etwas stärker zurückgehen als in Ostdeutschland.

Im laufenden Jahr dürfte der negative Impuls der Industrie den positiven Einfluss der guten Baukonjunktur auf den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen überwiegen. Im kommenden Jahr dürften sich die derzeitigen Entwicklungen im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern fortsetzen. Zeitgleich dürften die unternehmensnahen Dienstleister von der Expansion der Industrie profitieren. Im Jahr 2019 dürfte die preisbereinigte BWS in diesem Sektor in Ostdeutschland stagnieren. In Sachsen dürfte sie um -0,5% zurückgehen. Im kommenden Jahr dürften die Wachstumsraten mit 0,9% und 1,0% dann wieder positiv ausfallen.

Öffentliche Dienstleister

Die öffentlichen Dienstleister werden im Prognosezeitraum im Trend der letzten Jahre weiterwachsen. Die Lohnsteigerungen des öffentlichen Diensts dürften im laufenden Jahr etwas höher sein als noch im Vorjahr. Zudem dürfte die Beschäftigung weiter ausgebaut werden. In Ostdeutschland dürfte die preisbereinigte BWS der öffentlichen Dienstleister im laufenden und im kommenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr um jeweils 1,6% zunehmen. In Sachsen dürfte die preisbereinigte BWS der öffentlichen Dienstleister im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,7% expandieren. Hier dürften sich die beschäftigungswirksamen Mehrausgaben des sächsischen Doppelhaushalts bemerkbar machen. Im kommenden Jahr dürfte sich das Wachstum der preisbereinigten BWS gegenüber dem Vorjahr wieder auf 1,6% normalisieren.

LITERATUR

CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (Hrsg.) (2019), World Trade Monitor, Datenabruf am 10. Juni 2019.

Nierhaus, W. (2019), „Deutschlandprognose Sommer 2019: Konjunktur kühlt sich ab“, ifo Dresden berichtet 26(04), S.12–16.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019a), Außenhandel: Aus- und Einfuhr (Außenhandel): Bundesländer, Monate, Zeitreihen aus 51000-0031, Datenabruf bei Genesis Online am 15. Juni 2019.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019b), Monatsbericht im Bauhauptgewerbe Auftragseingang, Geleistete Arbeitsstunden, Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten, Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 18. Juni 2019.

Statistisches Landesamt Sachsen (Hrsg.) (2019), Einzelhandel/Gastgewerbe: Beschäftigte, Umsätze in jeweiligen Preisen, Umsätze in Preisen des Jahres 2015 – Sachsen – Jahre – Monate, Zeitreihen aus 45212-000H, Datenabruf bei Genesis Sachsen am 14. Juni 2019.

Wollmershäuser, T. et al. (2019), „ifo Konjunkturprognose Sommer 2019: Deutsche Konjunktur ohne Schwung“, ifo Schnelldienst, 72(12), S. 25-78.

Friederika Boehme und Julia Sonnenburg*

Angebot an Kita-Plätzen in Dresden: Nicht die Anzahl, sondern deren Verteilung ist das Problem

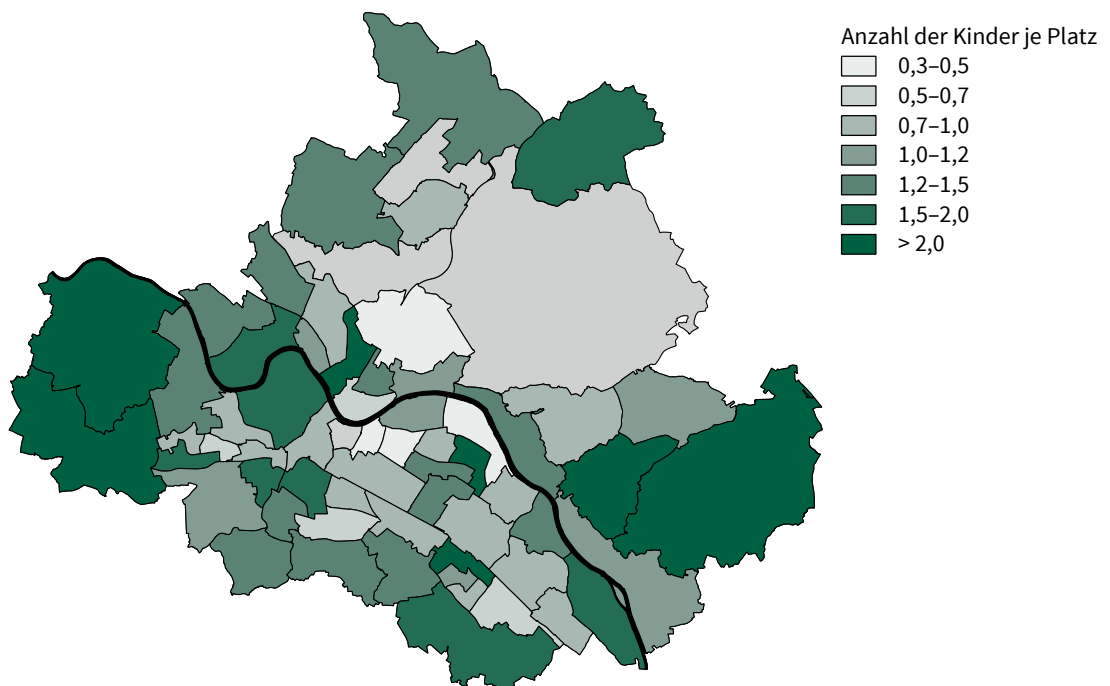
Gemessen an der Wohnbevölkerung stehen für Kinder ab drei Jahren in Dresden insgesamt genügend Kindergartenplätze zur Verfügung. Ein Unterangebot an Betreuungsplätzen zeigt sich jedoch bei der Betrachtung der einzelnen Stadtteile: In jedem zweiten Stadtteil reicht das Angebot an Kindergartenplätzen rechnerisch nicht aus, um der Nachfrage gerecht zu werden. Auch zukünftig dürfte die bedarfsgerechte Bereitstellung der Plätze eine zentrale Herausforderung für die Politik darstellen.

Eltern haben in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind. So ist es im Gesetz vorgesehen. Dennoch wurden in den vergangenen Jahren mehrfach Debatten über das knappe Angebot an Betreuungsplätzen in sächsischen Großstädten geführt. Kritisiert wurden neben der zu geringeren Anzahl an Betreuungsplätzen auch die als zu langsam empfundenen Gegenmaßnahmen wie den Neubau von Kindertageseinrichtungen (vgl. u. a. MDR Aktuell 2018 und Lausitzer Rundschau 2017). Anknüpfend an diese Diskussion schauen wir uns im Folgendem die Situation in Sachsens

Großstädten genauer an. Hierzu gehen wir insb. der Frage nach, wie gut Nachfrage und Angebot in den einzelnen Stadtteilen zusammenpassen und in welchen Stadtteilen ein besonders hohes Defizit an Plätzen besteht (vgl. Abb. 1). Zwar ist eine wohnortnahe Versorgung mit Kindertagesstätten immer wieder Bestandteil in der politischen Diskussion, um bes-

* Friederika Boehme war zum Zeitpunkt der Erstellung des Artikels Praktikantin und Julia Sonnenburg ist Doktorandin der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Nachfrage nach verfügbaren Kindergartenplätzen in Dresden (2019)



Anmerkung: Für grau hinterlegte Stadtteile sind keine Daten verfügbar.

Quelle: Kommunale Statistikstelle Dresden (2019a, b), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

sere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Die Ergebnisse legen jedoch nahe, dass Eltern bei der Auswahl der Kindertageseinrichtung sehr viel Flexibilität an den Tag legen müssen, verbunden mit langen Fahrtstrecken.

Der Fokus unseres Artikels liegt auf der Landeshauptstadt Dresden, die lange Zeit Geburtenhauptstadt Deutschlands war und sich deshalb einer besonders hohen Nachfrage gegenübersteht. Im Folgenden betrachten wir dazu die Anzahl an Kindergartenplätzen auf Ebene der einzelnen Stadtteile und setzen diese ins Verhältnis zu der Alterskohorte der dreis- bis sechsjährigen Wohnbevölkerung.¹ Hierbei ist es uns aufgrund der mangelnden Datenverfügbarkeit leider nicht möglich, Pendlerverflechtungen zwischen den Stadtteilen sowie mit dem Umland zu berücksichtigen. Dadurch ergibt sich in den Daten eine leichte Unschärfe. Die Ergebnisse spiegeln daher keine genaue Bedarfsermittlung wider. Sie sollen vielmehr dem Aufzeigen von Problemlagen dienen.

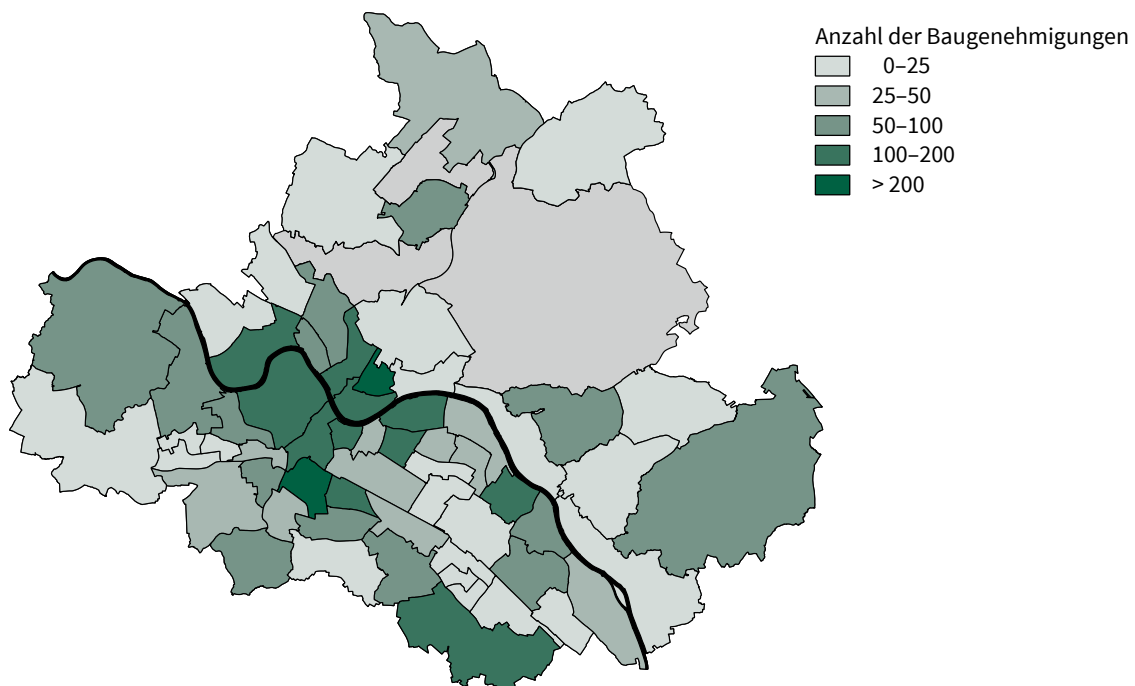
Darüber hinaus untersuchen wir, wie die zukünftige Nachfrage aussehen dürfte. Hierfür verwenden wir die Anzahl an Baugenehmigungen für Neubauwohnungen mit drei oder mehr Räumen sowie für Eigenheime als Indikator für die Nachfrageentwicklung (vgl. Abb. 2). Neben den Geburtenzahlen können die geplanten Baumaßnahmen und der damit verbundene Zuzug von Familien und Kindern einen wesentlichen Einfluss auf den Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten nehmen (vgl. Stadt Leipzig 2012). Hierbei wird unterstellt, dass die zukünftige Nachfrage in jenen Stadtteilen am stärksten ausgeprägt sein wird, in denen potenziell freie Wohnungen für junge Familien mit der nächsten Generation an Kleinkindern

zur Verfügung stehen. Familien mit Kindern im derzeitigen Kleinkindalter sollten zumindest mittelfristig den jetzigen Bestand an großen Wohnungen weiterhin nutzen.²

Die Ergebnisse legen nahe, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen in Sachsens Großstädten zumindest gedeckt wird, wenngleich nur sehr knapp. In Dresden kommen rein rechnerisch genau 1,0 Kinder auf einen Betreuungsplatz. In Leipzig und Chemnitz scheint die Situation mit 0,9 bzw. 0,8 Kindern je Betreuungsplatz geringfügig entspannter auszufallen. Dies ist vornehmlich auf die hohe Geburtenrate in Dresden zurückzuführen. Doch auch in Leipzig könnte der Quotient aufgrund der steigenden Geburtenzahlen zukünftig deutlich höher ausfallen.

Auch wenn für Dresden insgesamt ein ausreichendes Angebot zur Verfügung steht, zeigen sich für die einzelnen Stadtteile deutliche Unterschiede. Gemessen an der Wohnbevölkerung kann für mehr als die Hälfte der Stadtteile ein Defizit an bereitgestellten Kindergartenplätzen festgestellt werden. Abbildung 1 verdeutlicht hierzu, dass vornehmlich in Stadtteilen am Stadtrand, wie in Schönfeld/Schullwitz und Altfranken/Gompitz, deutlich mehr Kinder auf einen verfügbaren Platz kommen als im Inneren der Stadt. Ausschlaggebend hierfür sind sicherlich die starken Präferenzen von Familien, am verkehrsrhigen, grünen Stadtrand zu wohnen. Gleichzeitig fällt das Angebot an Plätzen in den äußeren Stadtgebieten deutlich geringer aus. In der Folge müssen Eltern lange Fahrtwege für die Betreuung ihrer Kinder in Kauf nehmen oder auf einen Kindergartenplatz nahe dem Arbeitsplatz ausweichen. Die Schwierigkeit einer bedarfsgerechten Bereitstellung mit großen Unterschieden zwischen den Stadt-

Abb. 2
Anzahl der Baugenehmigungen für Drei- und Vierzimmerwohnungen und Eigenheime in Dresden (2017)



Anmerkung: Für grau hinterlegte Stadtteile sind keine Daten verfügbar.

Quelle: Kommunale Statistikstelle (2019c), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

teilen zeigt sich ebenfalls für die anderen beiden Großstädte Sachsens. Im Gegensatz zu Dresden und Chemnitz übersteigt für Leipzig die Nachfrage nach Betreuungsplätzen die Anzahl an verfügbaren Plätzen insb. in Stadtteilen, die nahe dem Stadtzentrum liegen.

Passungenaugigkeiten hinsichtlich der Bereitstellung von Kindergärtenplätzen bleiben für Dresden vermutlich auch in den kommenden Jahren bestehen. In Abbildung 2 haben wir die Anzahl an Baugenehmigungen für Neubauwohnungen mit drei oder mehr Räumen sowie für Eigenheime abgetragen. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes nehmen wir an, dass sich die Nachfrage nach Kitaplätzen in jenen Stadtteilen am stärksten verändern dürfte, die zukünftig mehr für Familien attraktive Wohnungen zur Verfügung stellen werden. Die Ergebnisse legen nahe, dass der größte Anteil an neuem Wohnraum um den Stadtkern herum entstehen wird, also in jenen Stadtteilen, die momentan noch ein eher geringes Defizit an Betreuungsplätzen aufweisen. Die Wahrscheinlichkeit, einen wohnortnahen Kita-Platz zu finden, könnte sich somit in den kommenden Jahren etwas erhöhen. Eine vollkommene Entspannung dürfte sich allerdings nicht einstellen, da gemessen an der Anzahl an Baugenehmigungen auch für einzelne Stadtteile am Stadtrand eine vergleichsweise hohe Nachfrage nach Betreuungsplätzen zu erwarten ist.

Insgesamt lässt sich somit für Dresden ein knappes, aber ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen festhalten, wenngleich große Unterschiede zwischen den Stadtteilen bestehen. Angesichts der ungleichen Verteilung von Angebot und Nachfrage nach Plätzen in Kindertageseinrichtungen dürfte der Handlungsbedarf entsprechend unterschiedlich ausfallen. Mit Blick auf den geplanten Wohnungsneubau sollten vor allem mögliche Angebotsdefizite am Stadtrand ausgeglichen werden. Neben dem Ausbau bestehender Einrichtungen könnte auch der Neubau von Kindertagesstätten die Situation etwas entspannen. Aufgrund der Unsicherheiten der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung könnten vor allem Standorte mit guter ÖPNV-Anbindung in Betracht

gezogen werden. Freiwerdende Kapazitäten in überversorgten Stadtteilen könnten zur Verbesserung der Versorgungssituation im Krippenbereich genutzt werden. Insgesamt ist festzuhalten, dass eine wohnortnahe Versorgung mit Kindergartenplätzen die Politik auch zukünftig vor eine große Herausforderung stellen dürfte, wobei zusätzliche Faktoren, wie der zunehmende Mangel an Erziehern diese Aufgaben weiter erschweren dürfte.

LITERATUR

Kommunale Statistikstelle Dresden (Hrsg.) (2019a), Sonderauswertungen zur Bevölkerungsanzahl nach Altersgruppen und Stadtteilen 2019, Landeshauptstadt Dresden.

Kommunale Statistikstelle Dresden (Hrsg.) (2019b), Verzeichnis der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, online verfügbar unter: <https://www.dresden.de/de/leben/kinder/tagesbetreuung/kita-verzeichnis.php?shortcut=Kitas>, zuletzt abgerufen am 2. Juli 2019.

Kommunale Statistikstelle Dresden (Hrsg.) (2019c), Sonderauswertung zu den genehmigten Wohnungen im Jahr 2017 nach Stadtteilen, Landeshauptstadt Dresden.

Lausitzer Rundschau (2017), Sachsens Metropolen fehlen Kita-Plätze, online verfügbar unter: https://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/sachsens-metropolen-fehlen-kita-plaetze_aid-3924224, zuletzt abgerufen am 8. Juli 2019.

MDR Aktuell (2018), Kita-Not nur in großen Städten, online verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/rechtsanspruch-kitaplaz-situation-auf-dem-land-100.html>, zuletzt abgerufen am 8. Juli 2019.

Stadt Leipzig (Hrsg.) (2012), Langfristiges Entwicklungskonzept für das Kindertagesstättenetz der Stadt Leipzig bis zum Jahr 2025, Amt für Jugend, Familie und Bildung, Leipzig.

- 1 Auf die Betrachtung von Krippenplätzen sowie Plätzen in der Kindertagespflege verzichten wir an dieser Stelle aufgrund der mangelnden Datenverfügbarkeit.
- 2 Die Anzahl an Baugenehmigungen kann den exakten zukünftigen Bedarf an Kindergartenplätzen nur bedingt wiedergeben. So können die neugebauten Wohnungen und Eigenheime auch für Familien mit älteren Kindern attraktiv sein. Zudem variiert die Anzahl an Kindern je Haushalt stark. Angesichts der angespannten Wohnsituation können die Zahlen zumindest Auskunft darüber geben, für welche Stadtteile besonders große Veränderungen zu erwarten sein können, wenngleich eine genaue Bedarfsermittlung zu abweichenden Ergebnissen kommen kann.

Wolfgang Nierhaus*

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2019

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im ersten Vierteljahr 2019 auf dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums stagniert, nach einem leichten Zuwachs in Höhe von 0,3% im Vorquartal (vgl. Tab. 1). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) setzte sich der Rückgang der Bruttowertschöpfung (BWS) verstärkt fort. Für alle ande-

ren Wirtschaftsbereiche wurden zuletzt hingegen Zuwächse der BWS registriert. Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten BIP ist am aktuellen Rand wieder leicht aufwärtsgerichtet, nachdem sie im dritten und vierten Quartal 2018 rückläufig gewesen war (vgl. Abb. 1).

Tab. 1
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Jahr, Quartal	Brutto- inlands- produkt	Gütersteuern abzüglich Subven- tionen	Bruttowert- schöpfung aller Wirtschafts- bereiche	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produzieren- des Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Ver- kehr, Gastge- werbe, Infor- mation und Kommuni- kation	Grundstücks- u. Wohnungs- wesen, Finanz- u. Un- ternehmens- dienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
2016	2,3	2,4	2,2	8,3	3,5	1,0	3,1	0,7	2,0
2017	1,6	1,2	1,6	-2,9	2,8	0,6	2,5	1,3	0,6
2018	1,2	1,1	1,2	-5,6	0,6	2,2	2,5	0,5	1,5
1 2016	2,3	4,4	2,1	3,9	3,3	1,0	3,0	0,8	1,7
2 2016	3,7	2,8	3,8	11,6	6,3	2,0	4,7	2,0	2,4
3 2016	1,8	2,2	1,7	10,2	2,0	0,9	2,6	0,4	2,1
4 2016	1,3	0,4	1,4	7,4	2,4	0,3	2,0	-0,3	1,6
1 2017	2,8	2,0	2,9	2,6	4,6	0,0	4,3	2,8	1,2
2 2017	0,3	1,9	0,1	-4,5	-0,7	0,1	1,5	-0,1	0,2
3 2017	1,2	0,3	1,3	-3,3	1,6	1,1	2,3	1,5	0,4
4 2017	2,1	0,8	2,2	-5,9	5,8	1,1	2,1	0,9	0,5
1 2018	1,2	-0,3	1,4	-8,6	2,1	1,9	2,2	0,3	1,3
2 2018	2,4	2,0	2,4	-6,4	4,0	3,0	3,2	0,9	1,6
3 2018	1,1	1,5	1,0	-5,2	-0,1	1,8	2,3	0,4	1,6
4 2018	0,3	1,0	0,2	-1,9	-3,2	1,9	2,2	0,6	1,3
1 2019	0,0	1,3	-0,2	12,7	-3,6	1,2	1,4	1,1	0,5

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

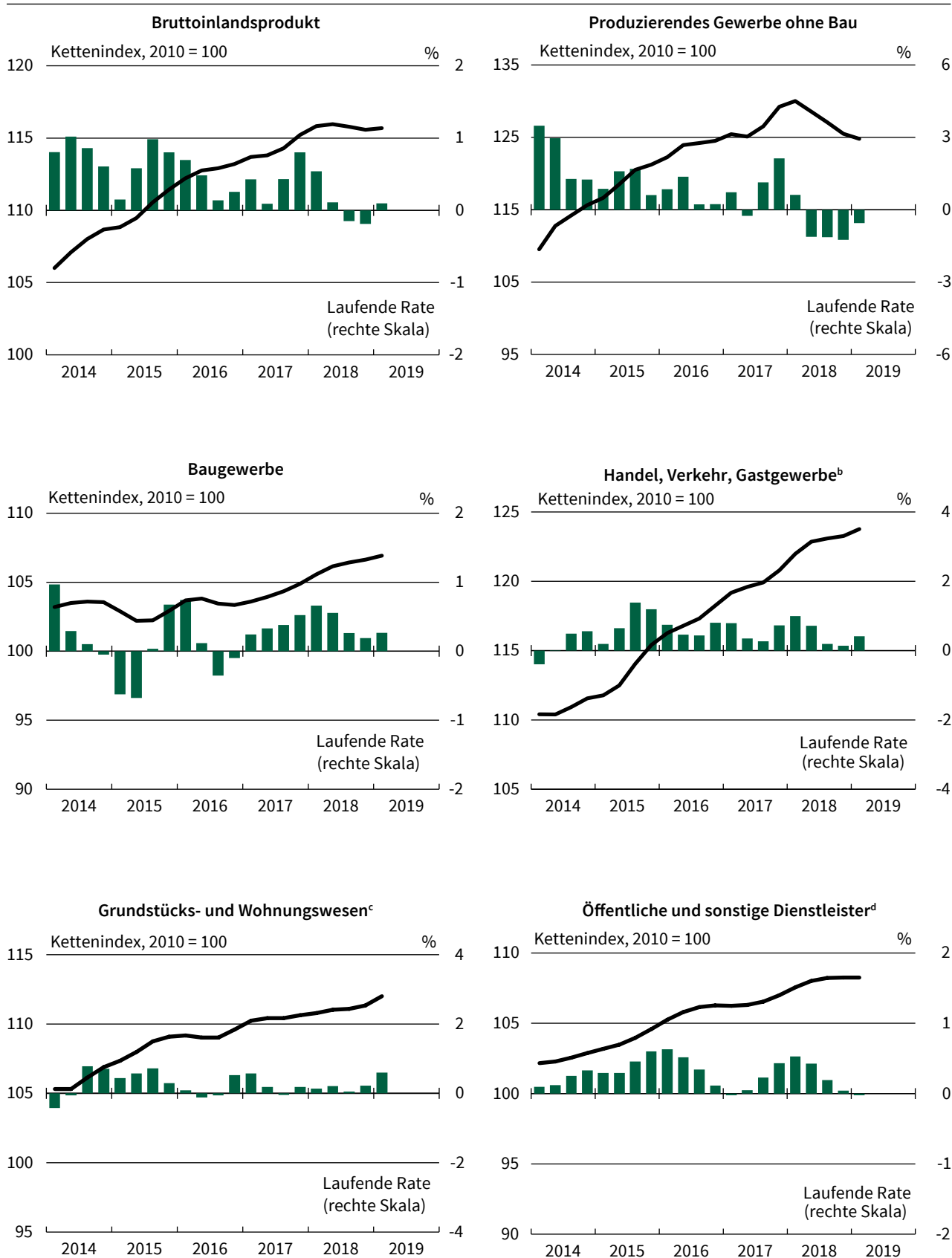
© ifo Institut

1 Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo Instituts. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom Arbeitskreis VGR der Länder ermittelt werden. Zudem werden seitens des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo Instituts. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2019 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom Arbeitskreis VGR der Länder am 29. März 2019 veröffentlichten Jahresergebnisse. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des

Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q1/2019 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik vgl. Nierhaus, W. (2019), „Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation“, Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1-15.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 1
Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



a) Saisonbereinigt nach Census X-12-ARIMA. – b) Einschließlich Information und Kommunikation. – c) Einschließlich Finanz- und Unternehmensdienstleister. – d) Einschließlich Erziehung und Gesundheit.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

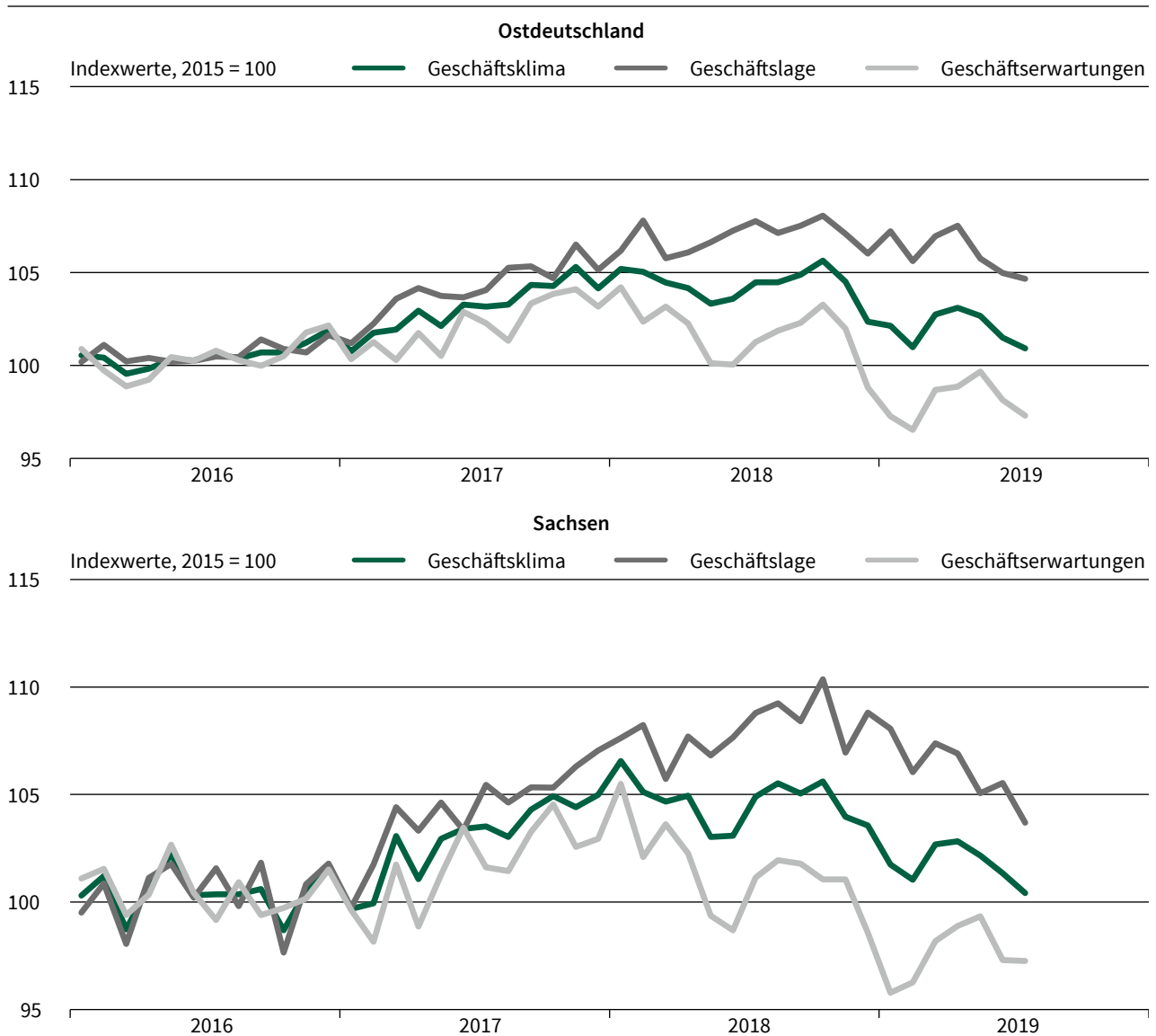
Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmer werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)

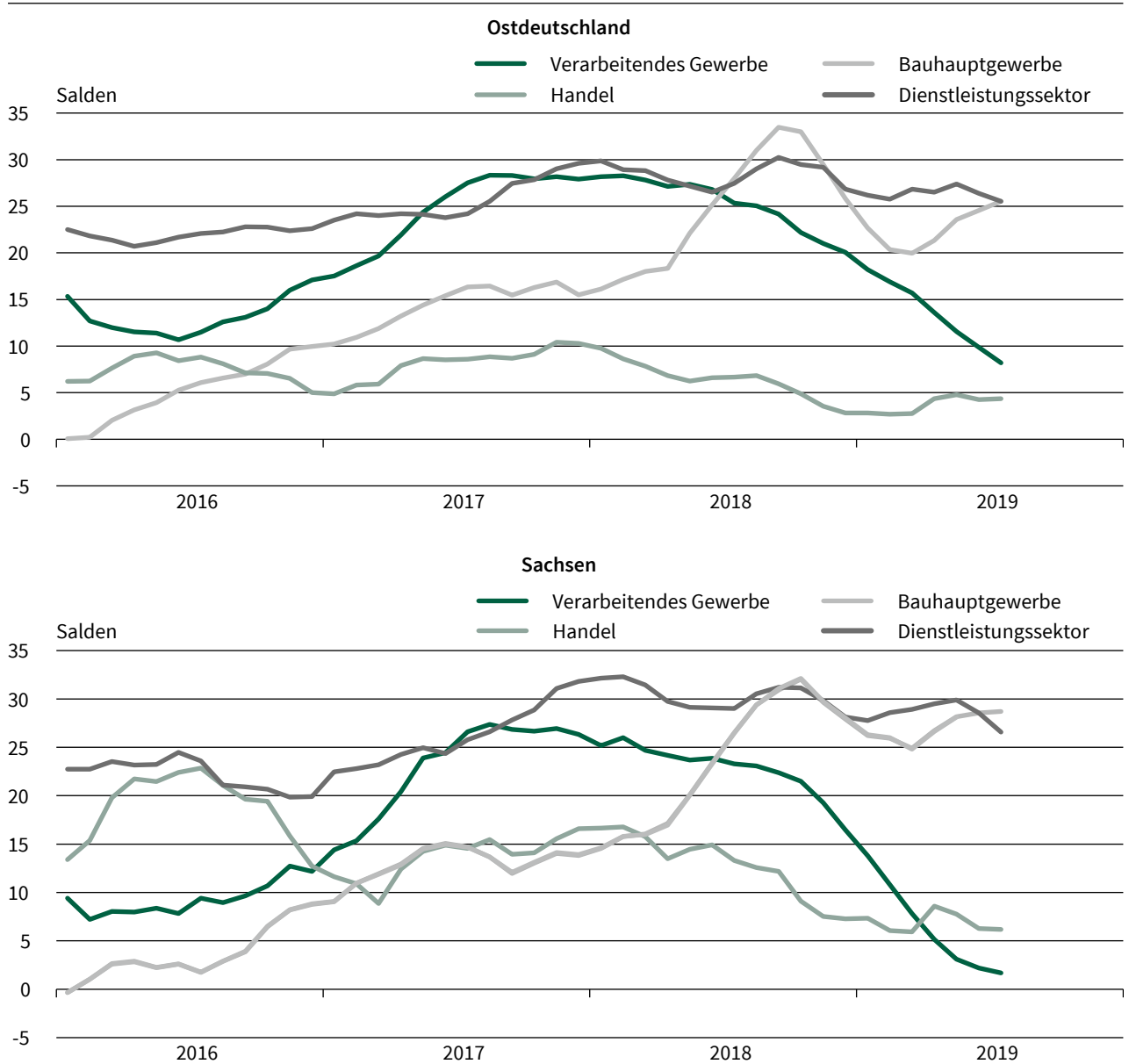


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2019.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

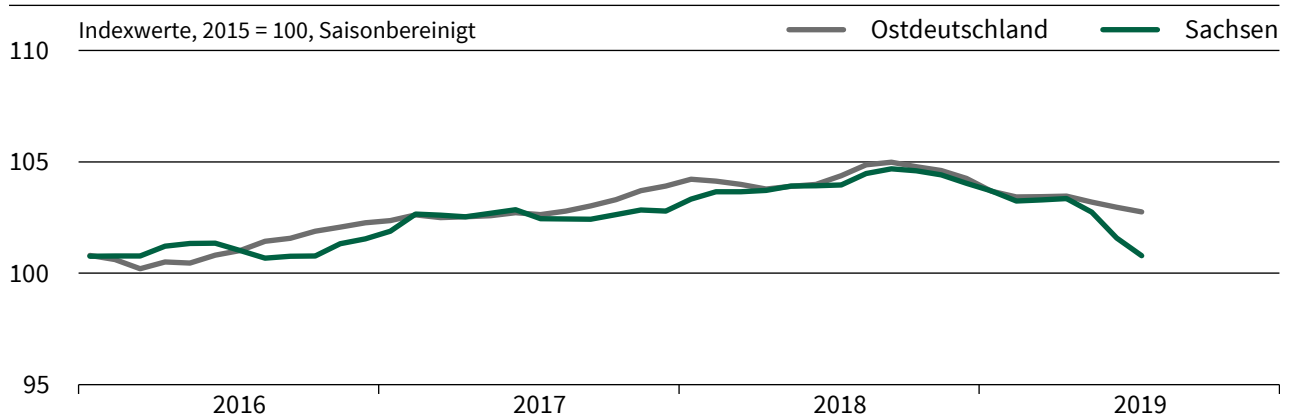
Abb. 2
ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2019.

© ifo Institut

Abb. 3
ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



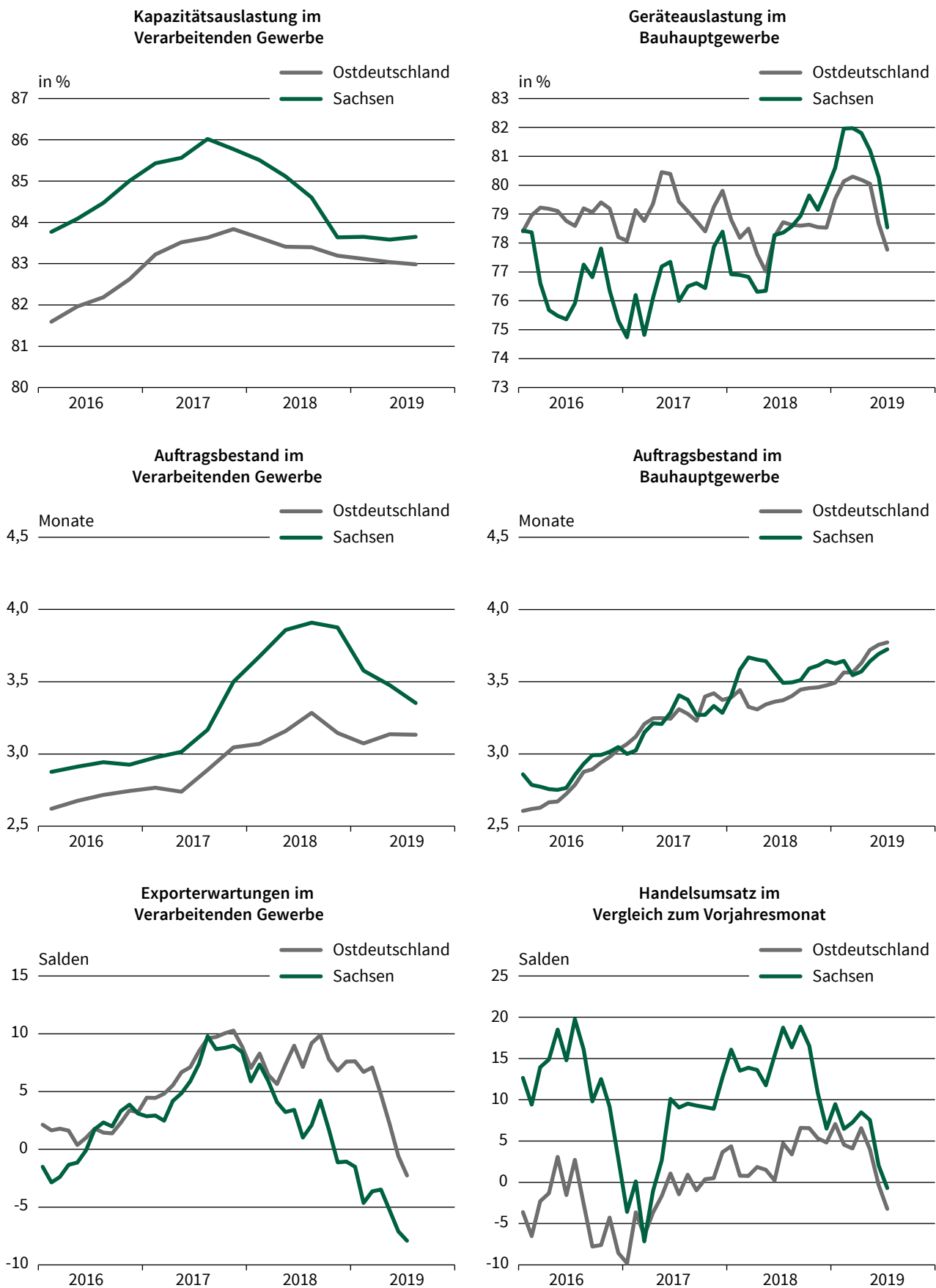
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2019.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2019.

ifo Veranstaltungen

Am **12. und 13. September 2019** findet der **9th ifo Dresden Workshop on Regional Economics** statt. Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts und der Technischen Universität Braunschweig organisiert. Er bietet die Möglichkeit zum Austausch aktueller Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Regionalökonomie, insb. für junge Forscherinnen und Forscher.

Im Rahmen der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **23. Oktober 2019** Prof. Dr. Jens Südekum, Universitätsprofessor für internationale Volkswirtschaftslehre des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Maretzke, Steffen; Ragnitz, Joachim und Gerhard Untiedt: Betrachtung und Analyse von Regionalindikatoren zur Vorbereitung des GRW-Fördergebietes ab 2021 (Raumbeobachtung), Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), ifo Dresden Studien 83, ifo Institut, München, 2019, ISBN: 978-3-95942-068-6, 232 S.; 15,- Euro.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die künftige Regionalförderung nach einem gesamtdeutsch ausgerichteten Indikatorensystem neu zu gestalten. Vorbild soll dabei die Förderung entsprechend der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sein. Die GRW-Indikatorik zur Abgrenzung strukturschwacher und deshalb förderberechtigter Regionen umfasst derzeit einen Einkommensindikator (Bruttolohn je SV-pflichtigen Beschäftigten), zwei Arbeitsmarktindikatoren (Arbeitslosenquote und mittelfristige Prognose der Erwerbs-

tätigenentwicklung) sowie einen zusammengefassten Infrastrukturindikator.

Die derzeitige GRW-Indikatorik weist jedoch eine Reihe von konzeptionellen Schwächen auf und sollte deswegen überarbeitet werden. Nach Untersuchung einer Vielzahl alternativer Indikatoren wurde der Vorschlag unterbreitet, künftig als Einkommensindikator das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und als Arbeitsmarktindikator die breiter abgegrenzte Unterbeschäftigungsquote zu verwenden. Dies könnte ergänzt werden durch einen Indikator zur demographischen Entwicklung (z. B. Projektion der Einwohnerentwicklung bis zum Jahr 2035) und einen modifizierten Infrastrukturindikator. Auch bei Anwendung eines solchen Indikatorensystems werden vor allem ostdeutsche Regionen, aber auch altindustrielle Gebiete in Westdeutschland als förderwürdig klassifiziert.

Die Studie kann als pdf-Datei kostenlos unter www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien heruntergeladen werden.

ifo DRESDEN STUDIE 83

AUTOREN

Steffen Maretzke
Joachim Ragnitz
Gerhard Untiedt

ISBN

978-3-95942-068-6

HERAUSGEBER / DRUCK

ifo Institut
München/Dresden
2019

UMFANG / FORMAT

A5
230 Seiten
Zahlreiche Abbildungen
und Tabellen

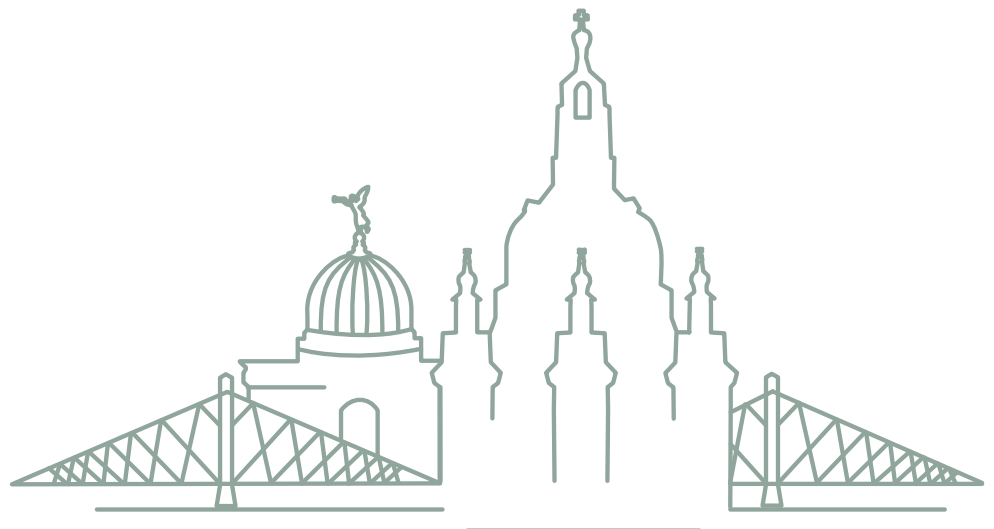
PREIS

15,- Euro zzgl. Versandkosten
Die Studie kann als pdf-Datei
kostenlos unter
[www.ifo.de/publikationen/
ifo-dresden-studien](http://www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien)
heruntergeladen werden

Betrachtung und Analyse von Regionalindikatoren zur Vorbereitung des GRW-Förder- gebietes ab 2021 (Raumbeobachtung)

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die künftige Regionalförderung nach einem gesamtdeutsch ausgerichteten Indikatorensystem neu zu gestalten. Vorbild soll dabei die Förderung entsprechend der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sein. Die GRW-Indikatorik zur Abgrenzung strukturschwacher und deshalb förderberechtigter Regionen umfasst derzeit einen Einkommensindikator (Bruttolohn je SV-pflichtigen Beschäftigten), zwei Arbeitsmarktindikatoren (Arbeitslosenquote und mittelfristige Prognose der Erwerbstätigenentwicklung) sowie einen zusammengefassten Infrastrukturindikator.

Die derzeitige GRW-Indikatorik weist jedoch eine Reihe von konzeptionellen Schwächen auf und sollte deswegen überarbeitet werden. Nach Untersuchung einer Vielzahl alternativer Indikatoren wurde der Vorschlag unterbreitet, künftig als Einkommensindikator das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und als Arbeitsmarktindikator die breiter abgegrenzte Unterbeschäftigungsquote zu verwenden. Dies könnte ergänzt werden durch einen Indikator zur demographischen Entwicklung (z. B. Projektion der Einwohnerentwicklung bis zum Jahr 2035) und einen modifizierten Infrastrukturindikator. Auch bei Anwendung eines solchen Indikatorensystems werden vor allem ostdeutsche Regionen, aber auch altindustrielle Gebiete in Westdeutschland als förderwürdig klassifiziert.



Hinweis für externe Autoren

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autoren die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leserkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademikern vor allem Entscheider aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autoren** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

